Nr. 93 — Jahrgang 18 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 22. April 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung. :—:

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 4. cr 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). :—: Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. :—: Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Reparationsgespräche in Genf

Brünings Verhandlungen — Macdonald bei Tardieu — Vor entscheidenden Beschlüssen

Genf. Von zuständiger Stelle der deutschen Abordnung werden über die bisherigen Verhandlungen des Reichskanzlers Brüning Mitteilungen gemacht, in denen es u. a. heißt: In den zahlreichen Gesprächen, die der Reichskanzler während seines bisherigen Aufenthaltes mit den leitenden Staatsmännern geführt hat,

sind sämtliche Gebiete der internationalen Politik, insbesondere die Abrüstungsfrage, die Reparationsfrage und die Donaufrage, erörtert worden.

In den Unterredungen mit den italienischen und englischen Außenministern hat ein außerordentlich weitgehender und wertvoller Gedankenaustausch über die Reparationsfrage und damit

eine Vorbereitung der Lausanner Konferenz stattgefunden.

Ueber die Einzelheiten dieser Unterredungen können keine Mitteilungen gemacht werden, jedoch ergab sich, daß in den Gesprächen nicht nur eine dringende und schnelle Lösung der Reparationsfrage, sondern im Zusammenhang damit auch

die Lösung der Wirtschaftskrise in Angriff genommen werden soll.

Aus den Besprechungen des Reichskanzlers über die Reparationsfrage hat sich der begründete Eindruck ergeben, **daß keine großen Entscheidungen vor den französischen Kammerwahlen zu erwarten sind.** Jedoch besteht überall der Wille, von der Umreißung der Abrüstungsfrage, wenn auch mit aller Vorsicht, zu den konkreten Fragen vorzustoßen. Die häufig zutage tretende Auffassung, daß die bisherigen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz vom deutschen Standpunkt aus eine Niederlage oder Verschleppungsmanöver darstelle, erscheint nach Auffassung der maßgeblichen deutschen Stelle nicht begründet. Es wird darauf hingewiesen, daß es in der Genfer Atmosphäre außerordentlich schwierig ist, jetzt zu Formulierungen der deutschen Vorschläge zu gelangen,

die der Stimmung in Deutschland entsprechen.

Zu den Besprechungen des Reichskanzlers über die Donaufragen wird erklärt, daß der Inhalt der Verhandlungen der Londoner Konferenz nicht genügend in der Oeffentlichkeit bekannt geworden sei.

Die Londoner Konferenz bedeute eine Etappe, in der sich geklärt hat, daß an den realen Tatsachen des Wirtschaftslebens nicht vorbeigegangen werden könne und daß bei der endgültigen Lösung des Donauproblems in erster Linie den Forderungen der Wirtschaft Rechnung getragen werden müsse.

Es könne angenommen werden, daß die weiteren Verhandlungen über die Hilfsmaßnahmen für die Donaustaaten von den Londoner Ausführungen des deutschen Staatssekretärs beeinflußt sein werden.

Der Reichskanzler, der am Sonnabend vormittag zur Teilnahme an den preußischen Landtagswahlen Genf verläßt, wird an dem traditionellen Frühstück der internationalen Presse am Sonnabend nicht teilnehmen können.



Der amerikanische Botschafter wird Ehrendoktor der Tübinger Universität

Frederik M. Sackett, der Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, wird nächsten Montag in feierlicher Promotion zum Ehrendoktor der Universität Tübingen ernannt werden.

Macdonald bei Tardieu

Paris. Die Unterredung, die der englische Ministerpräsident Macdonald am Mittwoch abend im französischen Außenministerium mit dem Ministerpräsidenten Tardieu hatte, dauerte etwa ¾ Stunden. Im Anschluß an die Besprechung gab Tardieu eine Erklärung folgenden Inhalts ab:

Er habe mit dem englischen Ministerpräsidenten eine sehr interessante Besprechung gehabt, die sich besonders auf die in Genf auf der Tagesordnung stehenden Fragen erstreckte. Er habe den Wunsch, die Unterredung mit Macdonald fortzusetzen und sei aus diesem Grunde zu dem Entschluß gelangt, um 21,20 Uhr gemeinsam mit dem englischen Ministerpräsidenten nach Genf abzureisen.

Wie in politischen Kreisen ergänzend verlautet, will Tardieu bereits am Freitag abend wieder in Paris zurück sein. Es sei jedoch auch möglich, daß er von Genf aus in seinen Wahlkreis nach Belfort fahre, wo seine Anwesenheit dringend notwendig sei.

Bankrotteure!

Just im Augenblick, wo die kapitalistische Welt von Tag zu Tag ihren Gläubigen immer neue Ueberraschungen bereitet, wo jeder Staat, der im Zeichen der heutigen Weltordnung regiert wird, sich rettend irgendwo um finanzielle Hilfe bemüht, vollzieht sich vor den Augen der Welt ein Wahlgang, der ausschließlich gegen die aufstrebenden Massen gerichtet ist, wie wir dies jetzt in Deutschland, Frankreich und Oesterreich beobachten können. Bei näherer Betrachtung bemerkt man indessen, daß die kapitalistischen Bankrotteure des Bürgertums, mögen sie in Deutschland von Hitler bis zu Brüning, in Oesterreich von Seipel bis Starhemberg, in Frankreich von Tardieu bis Herriot reichen, einen einzigen Kampf führen, zu verhindern, daß die Arbeiterklasse ans Ruder kommt. Die Kampfmethoden wechseln, nehmen hier schärfere oder mildere Formen an, man verteidigt sogar eine Staatsform, die sich republikanisch nennt, obgleich nichts anderes, als eine bürgerliche Diktatur bei näherer Nachprüfung zum Ausdruck kommt, oft geht man einen Schritt mit der Arbeiterschaft gemeinsam, wenn die Lawine der politischen Unfähigkeit das eigene Lager zu zertrümmern droht, aber von dem Weggenossen von gestern möchte man sich gern trennen, wenigstens einen Trennungsstrich ziehen, wenn morgen die Situation eine Anbiederung an die bürgerlichen Parteifreunde erforderlich macht, wie es das Zentrum im Reich gegenüber Preußen macht. Man will nur eines eingestehen, daß nirgends die Arbeiterschaft das Ruder führt, daß überall für den Verfall dieser kapitalistischen Wirtschaft allein ihre Repräsentanten verantwortlich sind, die sich in Zeiten besserer Konjunktur nur „Wirtschaftsführer" betiteln ließen, in Wirklichkeit aber Betrüger und Bankrotteure waren.

Wenn man so in den bürgerlichen Zeitungen Wahlbetrachtungen aus Frankreich, Oesterreich und Deutschland liest, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß am ganzen Verfall der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung allein der Marxismus, also die Arbeiterschaft bezw. ihre Vertretungen in den Parlamenten schuld wären. Dabei waren sie zum Beispiel in Frankreich und Oesterreich überhaupt nicht an der Regierung beteiligt und in Deutschland war die Mehrheit der Kabinettsminister immer aus bürgerlichen Parteipolitikern zusammengesetzt, nichtsdestoweniger finden alle bürgerlichen Blätter, mit demokratischen Ausnahmen den zweifelhaften Mut, den Marxismus und die Sozialdemokratie für alles verantwortlich zu machen, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus unaufhaltsam vorwärts schreitet, obgleich man sich in verschiedenen internationalen Konferenzen, an denen nur das kapitalistische Bürgertum repräsentiert, bemüht zu retten, was nur noch zu retten ist, oft wird sogar der kirchliche Segen dazu erbeten, aber vorwärts kommen die Herrschaften nicht und müssen sehr oft von den verhaßten sozialistischen Vorschlägen zu ihrer eigenen Sanierung Gebrauch machen. Aber der Kampf gilt dem Sozialismus und um dem Bürger oder Wähler das Grauen beizubringen, schreckt man den Spießer mit dem Bolschewismus und es ist nicht zu leugnen, daß unsere Kommunisten alle Eigenschaften aufweisen, um sich als getreue Hilfsknechte der Reaktion auf der ganzen Linie zu erweisen. Ein Blick in die bürgerliche Presse allein müßte bei etwas politischer Ueberlegung jedem Wähler beweisen, wie irrig das Bild der Verleumder ist, das sich auf die Sozialisten und den Marxismus bezieht.

Die spießerlichen Wähler indessen nehmen alles hin und je mehr auf den Marxismus geschimpft wird, um so interessanter finden sie es, dem Radikalismus von rechts oder links nachzujagen, denn hier gibt es ja keine Aufbauarbeit, sondern das politische Schlagwort überwiegt und die steigende Not verblendet die meisten Wähler, sie wissen oft nicht einmal, daß ihnen diesen Stimmzettel gerade in Preußen, die Sozialdemokratie erkämpft hat, in Oesterreich für das Wahlrecht die besten Arbeiterkämpfer ihr Leben im Blut auf der Straße gelassen haben, daß in Frankreich das Bürgertum seine heutige Republik nur den Proletariern zu verdanken hat, aber mit dem gleichen Stimmzettel zieht heute die Reaktion aus, um den Marxismus zu schlagen, jenes politische Werk, welches erst den Arbeitermassen Befreiung und Lebensexistenz sichern soll. Die bürgerlichen Agitatoren werden nicht müde zu erklären, daß es erst besser werden wird, wenn wieder die Mächte der Vorkriegszeit ans Ruder kommen und der heut immerhin freie Arbeiter wieder Sklave werden wird. Aus Verzweiflung finden diese Verleumdungen Gläubige, denn es gilt ja, die „göttliche Weltordnung" zu retten, die Arbeiterschaft soll wieder gehorchen und be-

Japan droht mit dem Austritt

Der Beschluß des 19er-Ausschusses für Japan „völlig unannehmbar".

Tokio. Der Vertreter der japanischen Regierung erklärte am Mittwoch, daß der Beschluß des 19er Ausschusses des Völkerbundes, durch den der gemischte internationale Ausschuß in Schanghai ermächtigt wird, den Zeitpunkt der Räumung Schanghais zu bestimmen, für Japan vollkommen unannehmbar sei. Es sei anzunehmen, daß der japanische Vertreter in Genf, Sato, den Beschluß in der öffentlichen Sitzung ablehnen werde, ohne vorher in Tokio anzufragen. Sollte der Beschluß in der öffentlichen Sitzung angenommen werden, so werde ihn Japan einfach nicht beachten. Die Entwicklung der Ereignisse in Genf verstärke die Möglichkeit des Austritts Japans aus dem Völkerbund.

Die Lage in der Mandschurei weiter verschärft

Tokio. Der japanische Kriegsminister erklärte in einer Pressebesprechung, daß sich die Lage in der Mandschurei erheblich verschärft habe. Diese Verschärfung würde eine weitere Truppenentsendung nach der Mandschurei notwendig machen. Die japanische Regierung werde sich keine Unruhen in der Mandschurei gefallen lassen.

Amerika gegen ein neues Moratorium

Washington. Die Ankündigung des britischen Schatzkanzlers im Unterhaus, daß keine Zahlungen an Amerika in das neue Budget eingestellt seien, erregte im Bundessenat Ueberraschung und Unwillen. Senator Reed sagte, er bezweifle, daß England seine Verpflichtungen an Amerika nicht ehrlich zu regeln bereit sei; für Amerika jedenfalls komme ein neues Moratorium nicht in Frage. Senator Borah erklärte, das Hoover-Moratorium sei nicht im Interesse Englands, sondern Deutschlands proklamiert worden, und Amerika sehe keine Veranlassung, den Alliierten entgegenzukommen, solange sie nicht ihre Rüstungen herabsetzen, die Reparationsfrage lösen und den Versailler Vertrag revidieren. Weitere Opfer zu Lasten des amerikanischen Steuerzahlers seien nutzlos. Im Staatsdepartement legt man Chamberlains Erklärungen keine erhebliche Bedeutung bei, sondern nimmt an, daß die britische Regierung nur das Ergebnis der Lausanner Konferenz abwarten will, bevor sie diese Posten dem Budget einfügt.

scheiden sein lernen. Das ist das Ziel aller Wahlkämpfe, wie sie sich jetzt vor uns abspielen.

Aber betrachten wir ein wenig die Tatsachen, sehen wir uns zum Beispiel Amerika an, welches überhaupt keine starke sozialistische Bewegung von politischem Einfluß besitzt und die erst jetzt unter dem Eindruck des Versagens der kapitalistischen Weltordnung in Amerika im Werden begriffen ist. Die bürgerlichen Parteien haben sich ein Repräsentantenhaus mit einem Hoover, dem Mann des ewigen Wirtschaftsaufschwungs, gewählt, kein Sozialdemokrat treibt ihm irgendwo Opposition und doch schreitet die Krise fort, der Staatshaushalt weist immer größere Defizite auf, die Arbeitslosigkeit hat bereits offizieller Zählung nach 9 Millionen erreicht, ohne Sozialisten, ohne Sozialpolitik, also auch ohne Arbeitslosenunterstützung, regiert wird nach rein kapitalistischen Grundsätzen und die Pleite des Kapitalismus ist nicht aufzuhalten. In Frankreich haben die Sozialisten auf die Regierungsgeschäfte nur wenig Einfluß, eine Sozialpolitik und Arbeitslosenunterstützung besteht nicht. Die französische Bank leidet an Goldüberfluß und doch schreitet die Wirtschaftskrise unaufhaltsam vorwärts und hätte bereits größere Formen angenommen, wenn man sich inzwischen der lästigen Ausländer als Arbeitslose zu Hunderttausenden nicht entledigt hätte; trotz aller kapitalistischen Phrasen Tardieus, kann auch er den Haushalt nicht ohne Defizit durchbringen, den Wirtschaftsverfall aufhalten. In Oesterreich haben die Sozialdemokraten seit 1919 an der Regierung nicht teilgenommen, dort wo sie selbst, wie in Wien regieren, geht der sozialistische Aufbau im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft aufwärts, aber eine bürgerliche Mehrheit im Nationalrat verhindert Gesetze, die den Aufbau noch vergrößern könnten. Dort ist eine „göttliche" Christlich-Soziale Partei, mit einem Prälaten am Ruder und das Einzige, was die Herren bisher nachweisen konnten, daß sind Korruption, Diebstahl, Betrug und Parteibuchwirtschaft, was sie gerade bei jeder Gelegenheit nur gegen die Sozialdemokratie ins Feld führen. Aber sie spekulieren auf die Dummheit der Spießer, schreien „Haltet den Dieb", nachdem sie selbst diesen Bankrott bewerkstelligt haben.

Wir haben schon seit 1930, zunächst in Oesterreich, dann in Deutschland, ja, auch in Frankreich und Amerika, von einer Reihe von Skandalen in der Finanzwelt gehört. Wir haben auf Schritt und Tritt sehen müssen, wie die sogenannten Wirtschaftsführer vor Gericht als Betrüger, Verbrecher an der Gesamtheit der Bürger vorgeführt wurden, daß Bankkrachs nur mit Hilfe von Staatsgeldern vermieden werden konnten, daß alles, obgleich in all den Institutionen nirgends ein Sozialdemokrat saß, nirgends nach marxistischen Grundsätzen, sondern nach denen der gottgewollten Ordnung gewirtschaftet wurde, zum Teufel ging. Aber jetzt, wo es gilt, zu dieser Politik zu stehen, da ruft man auf Schritt und Tritt, der Marxismus ist schuld, die Sozialdemokratie darf man nicht mehr zur Regierung zulassen, wenn es uns besser gehen sollte. Und nun sehen wir eine Zierde des Kapitalismus, Ivar Kreuger, den man als Finanzgenie der kapitalistischen und staunenden Mitwelt vorgestellt hat, der sich als Selbstmörder, Betrüger, Fälscher und Bankrotteur erwiesen hat. Ist er Sozialist gewesen, das wird niemand behaupten wollen, man muß, nachdem Millionenbeträge verloren sind, davon reden u. es ist einer der weisesten Vertreter, der sich gegen den Marxismus immer aussprach, der Hitler und die spanische Diktatur unterstützte, ein wahres Prachtexemplar der göttlichen Weltordnung, die heute das Bürgertum gegen den Marxismus verteidigt. Und was sind die Skandale der Barmat, der Sklarek, der Träger der Nordwollekonzerne, der Dresdner- und Danatbanken, wie haben sich ihre Träger als „Retter" erwiesen, aber hier schweigt man, weil manche Hunderttausende in die Taschen der bürgerlichen Politiker gewandert sind.

Vielleicht kann man diesmal die Massen betrügen, aber der Friedhof, den man in Wirtschaft und Industrie geschaffen hat, ist die beste Demonstration gegen das heutige System, das sich, im Zeichen der göttlichen Weltordnung oder besser gesagt, unter Mißbrauch der Religion für politische Zwecke, am Ruder zu erhalten versucht. Es hängt von der Arbeiterklasse, von den breiten Massen ab, wie lange sie dieses System ertragen wollen. Wir zweifeln nicht daran, daß es heute schwierig ist, aus dem Chaos der politischen Leidenschaften das Rechte zu wählen, aber dieses kapitalistische System muß zusammenbrechen, sein Erbe wird die Arbeiterklasse sein. Darum gilt es, die Massen aufzuklären, ihnen die wahrhaft Schuldigen zu zeigen, das ist jetzt Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer Funktionäre. Wir haben hier immer und immer wieder die Auffassung vertreten, daß der Zeitpunkt gekommen ist, daß sich die Arbeiterklasse zur einheitlichen Front zusammenschließen muß, über die Richtungskämpfe im Sozialismus, zum Kampf gegen die heutigen Machthaber schreiten und die politische Macht selbst erobern muß, wenn sie nicht in Knechtschaft zurückgedrängt werden will.

—ll.

General Ma seiner Aemter enthoben

Tschangtschun. Die Regierung Puji hat General Ma von dem Posten des Kriegsministers enthoben. Ma hat ferner aufgehört, Mitglied des gesetzgebenden Rates zu sein.



Prof. Orlik gibt seine Lehrtätigkeit auf

Prof. Emil Orlik, der hervorragende Zeichner und Maler, tritt nach 27jähriger Lehrtätigkeit an den Berliner Vereinigten Staatsschulen mit dem Ende des Sommersemesters von seinem Lehramt zurück. (Originalzeichnung von Dolbin.)

Litwinow gegen die Abrüstungsbeschlüsse

Moskau gegen die Sicherheitsthesen — Allgemeine Abrüstung — keine Kompromißformel

Genf. In der Mittwoch-Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz, gab der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow eine ungewöhnlich scharf formulierte Erklärung ab, in der er den vom Redaktionsausschuß gestern abend einstimmig angenommenen Entschließungsentwurf über Methode und Kriterium der Herabsetzung der Rüstungen eindeutig ablehnte. Litwinow erklärte, die Entschließung der Form und dem Inhalt nach ablehnen zu müssen, da die Moskauer Regierung nicht in der Lage sei, eine Entschließung anzunehmen, die die gesamten Arbeiten der Abrüstungskonferenz eindeutig auf den Bestimmungen des Artikels 8 des Völkerbundpaktes aufbaue, der die gesamte Abrüstungsfrage mit der Sicherheitsfrage verbinde. Die sowjetrussische Abordnung sei außerordentlich überrascht, daß jetzt der Versuch gemacht werde, die Konferenz auf den Artikel 8 des Völkerbundpaktes festzulegen. In dem offiziellen Einladungsschreiben des Völkerbundsrates und des Generalsekretärs des Völkerbundes an die sowjetrussische Regierung sei der Artikel 8 mit keinem Wort erwähnt.

Der Artikel 8 steht in keinem formellen Zusammenhang mit der Abrüstungskonferenz,

sonst hätte der Völkerbundsrat von sich aus allein die Abrüstungsfrage regeln können. Die Annahme des Artikels 8 des Völkerbundspaktes als entscheidende Grundlage der Abrüstungskonferenz schließe die Zustimmung zu dem Sanktionsverfahren des Völkerbundes ein. Seine Regierung müsse daher auf das Entschiedenste ablehnen, den Artikel 8 als maßgebende Richtlinie der gesamten Konferenz anzuerkennen, insbesondere, da einige Abordnungen diesen Artikel bereits in ihrem Sinne ausgelegt haben.

Henderson stellte sodann den Entschließungsentwurf, nach dem die Herabsetzung der Rüstungen nur unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit, der geographischen Lage, den besonderen Bedingungen der einzelnen Länder u. den internationalen Verpflichtungen durchgeführt werden soll, zur Abstimmung. Sämtliche Delegierten erhoben in der Abstimmung die Hand, lediglich Litwinow stimmte dagegen. Der Präsident stellte nach der im Völkerbundsrat üblich gewordenen Formel fest, daß die Entschließung einstimmig gegen eine Stimme angenommen worden sei.

Kampf gegen die Abrüstung

Genf. Die südslawische Abordnung hat als Wortführer der französischen Staatengruppe gegen den Antrag der englischen Regierung auf Annahme der qualitativen Abrüstung somit gegen die Abschaffung der schweren Angriffswaffen einen Gegenvorschlag eingereicht, der deutlich die französischen Wünsche zum Ausdruck bringt. Wichtiger als die Aufhebung der einzelnen Rüstungskategorien sei die Schaffung wirksamer Sanktionsmaßnahmen. Im Kriegsfalle soll der Völkerbundsrat ermächtigt werden, die schwere Artillerie und die Tanks der kriegführenden Mächte zu beschlagnahmen und sie zur Verfügung des angegriffenen Staates zu stellen. Die Verwendung von Bombenflugzeugen und chemischen Kriegswaffen soll auch im Falle rechtmäßiger Verteidigung verboten sein. Falls jedoch ein Staat diese Bestimmungen überschreite, sei der Völkerbundsrat verpflichtet, diesen Staat in Bann zu erklären. Sämtliche Völkerbundsmächte seien sodann verpflichtet, dem angegriffenen Staat mit Waffengewalt zu Hilfe zu eilen. Die Kriegsschiffe und Unterseeboote mit weitem Aktionsradius sollen verboten sein.

Die Abrüstungskonferenz steht somit jetzt mitten in der entscheidenden Aussprache über die Abschaffung der schweren Angriffswaffen, in der sich eine scharfe Trennung zwischen der englischen, italienischen, amerikanischen und deutschen Auffassung auf der einen Seite und den Forderungen der französischen Staatengruppe auf der anderen Seite abzeichnet.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Südslawiens

Belgrad. Der ersten kroatischen Sparkasse, die vor einigen Tagen die Zahlungen eingestellt hat, wird ein sechsmonatiges Moratorium bewilligt werden, da die Nationalbank nicht imstande ist, die Sparkasse zu stützen, die zu diesem Zweck etwa 800 Millionen Dinar (60 Millionen RM) brauchen würde. Man rechnet damit, daß es notwendig sein wird, auch zahlreichen anderen Banken einen vollständigen Zahlungsaufschub zu gewähren.

Der Streik im tschechischen Grubenbezirk beendet

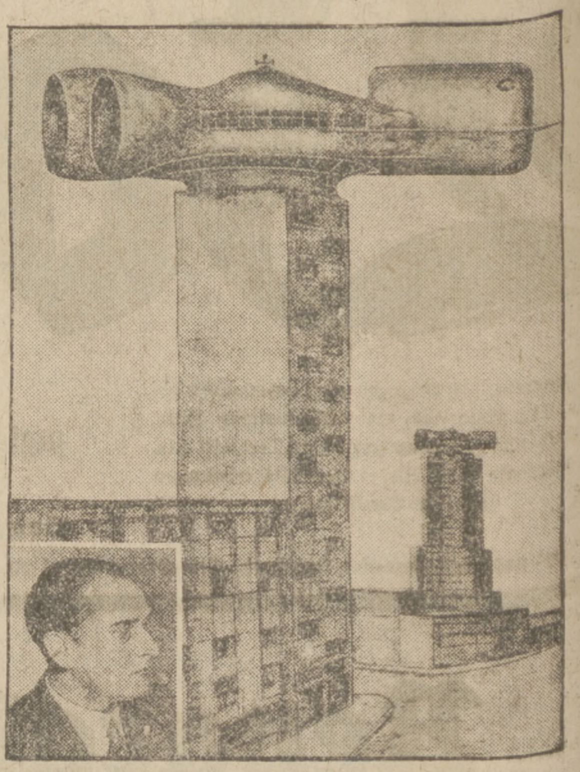
Prag. Sowohl in den Gruben des Mährisch-Ostrauer und Karwiner Kohlenreviers, als auch in den Zechen des nordwestböhmischen Reviers sind die Belegschaften am Mittwoch wieder vollzählig zur Arbeit erschienen. Der Obmann der Zentralstreikleitung, Rosenbaum, der am Dienstag verhaftet wurde, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Haftentlassung des Schulrats Meyer abgelehnt

Kowno. Auf Veranlassung des Obersten Gerichtshofs verhandelte das Kowncer Bezirksgericht in einer Geschäftsordnungssitzung über Gesuche des verhafteten Schulrates Meyer und dessen Frau, in denen um Haftentlassung bezw. Ueberführung des Verhafteten wegen seiner schweren Krankheit in ein Krankenhaus ersucht wurde. Das Gericht lehnte beide Gesuche ab.

Fischdampfer findet 150 Fässer Schmuggelalkohol im Meer

Brüssel. Ein belgischer Schiffsdampfer brachte am Mittwoch einhundertfünfzig Fässer, die 3000 Liter Alkohol enthielten, nach Nieuport. Die Fässer trieben innerhalb eines Netzes, zwei Meilen vom Hafen entfernt im Meer. Man vermutet, daß das Netz von einem Schmuggelboot geschleppt worden war, das, als es sich überrascht sah, das Netz im Stich ließ.



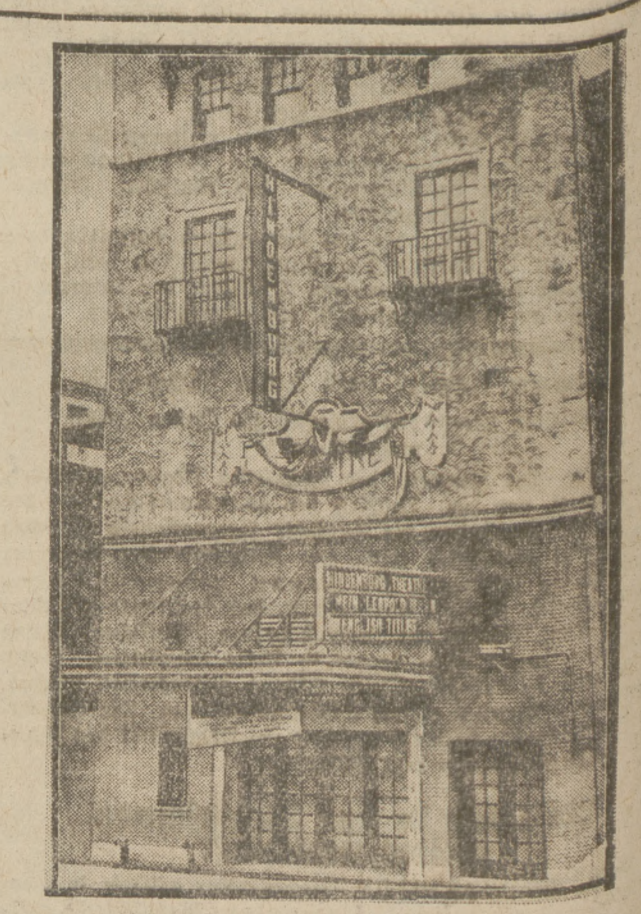
Windkraftwerke über Berlin

Modellzeichnung eines von Caneghem (Porträt unten links) konstruierten Windkraftwerkes. — Noch sind die Verhandlungen über den Bau einer Versuchsanlage für Windkraftwerke nach den bekannten Plänen des Ingenieurs Honnef erst im Vorstadium und schon liegt ein neues Projekt vor, in der Nähe Berlins ein im Prinzip anders geartetes jedoch gleichen Zwecken dienendes Werk zu errichten. Das neue Projekt des Technikers von Caneghem begnügt sich, die Windkrafttürme in einer Höhe von 150 Meter zu errichten, während der Honnef'sche Plan solche von 400 Meter (also höher als der Eiffelturm) vorsieht. Dementsprechend können natürlich auch die Baukosten nidriger gehalten werden. Aeußerlich gleicht die Konstruktion der Caneghemschen Anlagen mehr dem Leib eines Luftschiffes, das an dem Turm eines Hochhauses verankert ist als einer komplizierten Windmühle, der die Honnefschen Krafttürme gleichen. Große Steuerflächen und Ruder drehen das Gehäuse, in dem die Windturbinen untergebracht sind, je nach der herrschenden Windrichtung um seine Achse.

Das Treueidgesetz in Irland angenommen

Die Vorbehalte der Cosgrave-Partei.

Dublin. Vor dem dicht besetzten irischen Landtag brachte am Mittwoch nachmittag der irische Ministerpräsident de Valera das angekündigte Gesetz über die Abschaffung des Treueides ein. Danach sollen die Landtagsabgeordneten von der Ablegung des Treueides zur englischen Krone beim erstmaligen Zusammentritt des Landtages nach den Neuwahlen entbunden werden. Das Gesetz wurde nach kurzer Verhandlung in erster Lesung angenommen, nachdem ein unabhängiger Abgeordneter formal Widerspruch erhoben hatte. Der Fraktionsführer der Cosgrave-Partei erklärte, daß seine Partei die Vorlage in erster Lesung annehme. Sie behalte sich jedoch vor, zu einem späteren Zeitpunkt einen Zusatzantrag zu stellen, wonach zunächst Verhandlungen mit der englischen Regierung über die Treueidfrage geführt werden sollen, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird. Falls dieser Zusatzantrag nicht angenommen werde, werde die Cosgrave-Partei das Gesetz in allen weiteren Abschnitten bekämpfen. Die zweite Lesung des Gesetzes findet am kommenden Mittwoch statt.



Hindenburg-Kino — in Newyork

In der 48. Straße in Neuyork ist ein Kino eröffnet worden, den Namen des Reichspräsidenten trägt.

Polnisch-Schlesien

Das Organ der Sequestratoren

Nicht alle Bürger werden davon gehört haben, daß alle Sequestratoren, einschließlich der Gerichtsvollzieher, ihr eigenes Organ haben. Dadurch soll nicht gesagt sein, daß sie dieses Blatt als ihr Leiborgan betrachten und auch fleißig lesen, sondern sie veröffentlichen darin die bevorstehenden Versteigerungen, die sie selbstverständlich bezahlen müssen, was dann dem Schuldner angerechnet wird. Man soll die Sequestratoren auch nicht verdächtigen, daß sie aus freiem Ermessen, sich ein Blatt wählen können, nein, das Blatt wird ihnen vorgeschrieben. Als das Hauptorgan der Sequestratoren fungierte bis jetzt das Hauptorgan der Sanacja in Polen, die „Gazeta Polska", in Warschau. Jede Pleite mußte in diesem Blatte veröffentlicht werden und nach dem heute die Pleiten eine Massenerscheinung bilden, so lebte die „Gazeta Polska" ganz gut, indem sie aus den Pleiteanzeigen ihre Säfte schöpfte und noch weiter schöpfen wird. Man sieht daraus, daß die einen durch die Pleiten zu Grunde gehen, während die anderen daraus ihre Lebenssäfte schöpfen.

Nun wird die „Gazeta Polska" ihr Brot noch mit jemandem anderen teilen müssen und der andere ist niemand anderer, als unsere gute Kattowitzer Freundin, die „Polska Zachodnia" Warum soll nur die „Gazeta Polska" Kapital aus den Pleiten und öffentlichen Versteigerungen schlagen, wenn noch andere Würdige darauf warten. Die „Zachodnia" hat lange darauf gewartet, bis es ihr gelang, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Noch vor den letzten Sejmwahlen hat die „Zachodnia" die Mitteilung zur Veröffentlichung gebracht, daß sie kein „offiziöses Organ" der Schlesischen Wojewodschaft sei, was allgemein angenommen wurde. Nun wird die „Zachodnia" wiederum ein „offiziöses Organ", zwar nicht mehr der schlesischen Wojewodschaft, sondern der Sequestratoren. Schließlich ist es einerlei, wer dahinter steckt, die Hauptsache ist das Geld.

Die Kattowitzer „Polonia", vom 20. d. Mts. bringt folgende Bekanntmachung zur Veröffentlichung:

„Abschrift.

Kattowitz, den 19. März 1932.

Präses des Bezirksgerichtes.
Präs.: 4179-32 — 21. O. U.

An die Herrn Vorsitzenden der Kreisgerichte, des hiesigen Bezirkes.

Unter Hinweis auf das Zirkular des Justizministeriums vom 12. Dezember 1931, Nr. 1590/II G. S.-30 Dz. Urz. Nr. 23/31, teilt mir die Polnische Telegraphenagentur durch Schreiben vom 17. März 1932 mit, daß als Publikationsorgan für die Gerichtssequestratoren, die ihr Amt im hiesigen Gerichtsbezirk ausüben, die Zeitschrift „Polska Zachodnia" angewiesen wurde. Ich bitte, alle Gerichtssequestratoren davon zu verständigen und ihnen zu empfehlen, dieser Zeitschrift alle Inserate zu überweisen.

gez.: Josse,
Präses des Bezirksgerichtes."

Diese Bekanntmachung ist für alle Gerichtssequestratoren bindend. Sie können nicht sagen, daß die „Zachodnia" wenig Abonnenten hat, denn darüber bestimmt weder der Gerichtsvollzieher, noch das Gericht, sondern lediglich das Justizministerium. Für treue Dienste wurde die „Zachodnia" belohnt, denn durch die Zuschanzung der Inserate über alle Pleiten in der Wojewodschaft und auch alle Zwangsversteigerungen, wird nicht nur das Inseratengeld haufenweise eingehen, sondern wird noch die Geschäftswelt gezwungen sein, die Zeitung zu kaufen. Das läßt sich eben nicht vermeiden, schon wegen der Termine, die bei einer Versteigerung nicht verpaßt werden dürfen.

An die Angestellten der Interessengemeinschaft

Unter Androhung weiterer Entlassungen und sogar der Stillegung von Betrieben verlangen in der letzten Zeit vor allem die Verwaltungen der Hütten, die zur Interessengemeinschaft (Kattowitzer Aktiengesellschaft, Bismarckhütte und Vereinigte Königs- und Laurahütte) gehören von den bei ihnen beschäftigten Angestellten die **Einverständniserklärung zur „freiwilligen"** Herabsetzung der Tarifgehälter **in Höhe von 15 Prozent.** Wir warnen alle Angestellten davor und fordern sie auf, das Verlangen der Arbeitgeber entschieden abzulehnen, da eine solche Forderung einen konzentrierten Anschlag auf die tariflichen Errungenschaften der Angestellten bedeutet.

Die Tarifgehälter der Angestellten in der Schwerindustrie sind bereits durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 1. März 1932 um 10 Prozent herabgesetzt worden. Durch Verordnung des Arbeitsministers vom 12. März 1932 (Dz. Ust. Sl. Nr. 5 vom 15. März 1932) wurde der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses verbindlich erklärt und erhielt damit Gesetzeskraft.

Wenn die Arbeitgeber nunmehr eine Herabsetzung der Eisenpreise um 10 Prozent vorzunehmen beabsichtigen, was sie mit einer großen Geste der Regierung mitgeteilt haben, so müssen wir erklären, daß diese schon lange fällig gewesene Preisherabsetzung niemals auf Kosten der tariflich bezahlten Angestellten durchgeführt werden darf.

Wir stellen fest, daß während der augenblicklichen schweren Wirtschaftskrise die Arbeitgeber dauernd bemüht sind skrupellos alle Lasten auf die Schultern ihrer ohnehin schlecht bezahlten Angestellten abzuwälzen.

Wir stellen ferner fest, daß trotz Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten die Zahl der **hochbezahlten Direktoren noch nicht vermindert wurde.** Des weiteren reduziert man auch nicht die große Anzahl der überflüssigen oberen Verwaltungsbeamten, welche weit höhere Bezüge haben, als die Staatsminister. Unter diesen Umständen muß die gesamte oberschlesische Angestelltenschaft diese **unerhörte Forderung kategorisch ablehnen** und in geschlossener Front die durch die Gewerkschaften erkämpften Gehälter und anderen tariflichen Errungenschaften verteidigen.

Wenn es auch in der Eintrachthütte (Huta „Zgoda") dazu gekommen ist, daß die dort beschäftigten Angestellten ihr Einverständnis zu einem weiteren 15prozentigen Gehaltsabbau gegeben haben, so hat u. a. dazu auch der Umstand herbeigetragen, daß die Mehrzahl der Angestellten dieser Hütte zufällig einer Organisation angehören (Gut-Verband), die nicht den Charakter eines Berufsverbandes trägt. **Dies beweist das Statut dieser Organisation.**

Wie die Kartelle das Volk ausbeuten

Immer neue Kartelle werden gegründet — Neben dem Reiskartell auch noch ein Hefekartell
Ein Petroleumkartell wurde neugegründet — Wann hört endlich die Preisdiktatur auf?
Die Konsumenten verlangen die Auflösung der Kartelle!

Allgemein wird geklagt, daß der Handel schlecht geht, daß die Umsätze zurückgehen und der Konsum eingeschränkt wird. Das sind Tatsachen, die sich nicht abstreiten lassen und dennoch können sich nicht alle gegen die schlechte Konjunktur beklagen, denn es sind noch welche da, die vorzügliche Geschäfte machen. Erst vor einigen Tagen haben wir nachgewiesen, daß die Reiszentrale, mit ihren Schälmühlen in Gdingen, direkt glänzende Geschäfte macht.

Jahrjährlich, stecken die darin vereinigten Kapitalisten, neben dem normalen Gewinn, 15 Millionen Zloty ein,

die sie von der Regierung als Geschenk in Form von besonders hohen Reiszöllen bekommen. Dafür haben wir die höchsten Reispreise nicht nur in Europa, aber in der ganzen Welt.

Ein Hefekartell haben wir auch in Polen und haben natürlich auch die höchsten Hefepreise in ganz Europa. Die erste Bedingung, die das Hefekartell gestellt und auch durchgesetzt hat, ist,

daß in den nächsten 5 Jahren keine neue Hefefabrik gegründet und in Betrieb

gesetzt werden darf. Natürlich hat die Regierung den Heferittern das zugesagt, damit sie die Preise dementsprechend „regulieren" können. Das ist noch lange nicht alles, denn sofort nach der Gründung des Hefekartells wurden eine

Reihe von Hefefabriken geschlossen,

die Arbeiter entlassen und die Produktion wesentlich eingeschränkt. Nach dem Ableben, Baron Götze in Okocim, wurden zwei große Hefefabriken, „Mautner", dortselbst gekauft und stillgelegt. Ferner wurde die Hefefabrik „Lesienice" bei Lemberg und Libermann in Stanislau stillgelegt.

Den Fabrikbesitzern wurde der Reingewinn für zwei Jahre im Voraus bezahlt

und man hat vertraglich abgemacht, daß auch die nächsten Jahre den Fabrikbesitzern pünktlich der Reingewinn gezahlt wird, obwohl ihre Fabriken stilliegen.

Der Arbeiterlohn beträgt in allen 15 Hefefabriken in Polen jährlich 1½ Zloty, aber diesen Fabriken wurde jährlich ein Reingewinn von 2 Millionen Zloty ausgezahlt!

So wird bei uns gewirtschaftet. Nebenbei soll festgestellt werden, daß man niemandem verbieten kann, neue Betriebe zu eröffnen. Eine solche Entscheidung hat einmal das höchste polnische Verwaltungsgericht getroffen und dennoch konnte das Hefekartell durchsetzen, daß in den nächsten 5 Jahren keine Hefefabrik neu eröffnet werden kann. Man schließt weitere Hefefabriken und zahlt den Fabrikanten den Reingewinn, so, als wenn ihre Fabriken im Betrieb wären. An dieser Handlungsweise heftet etwas Verbrecherisches, das doch den Staatsanwalt zum Einschreiten veranlassen sollte. Leider wird der Staatsanwalt nicht eingreifen, wird die gemeinen Ausbeuter der konsumierenden Menschheit nicht vor den Richter stellen und sie nicht einsperren lassen, weil sie diejenigen sind, die die Wirtschaftspolitik bei uns bestimmen.

Man kann sich lebhaft vorstellen, wie es mit der Preispolitik bei einem solchen Treiben aussehen muß.

Ein Kilogramm Hefe kostet bei uns 2,60 Zl.

Man sage nicht, daß die Hefe ein Artikel ist, den man entbehren kann, denn wenn jemand auf solche Art räsonieren will, so kann der Mensch alles entbehren, mit Ausnahme der Kartoffeln vielleicht. Man muß ganz anders denken, denn wenn ein Artikel gemein in die Höhe getrieben wird, so werden die Kapitalisten anderer Branchen neidisch und machen es nach. Hefe braucht eine jede Hausfrau, zumindestens einmal in der Woche. Wenn der Hefekonsum eingeschränkt wird, so nur wegen den hohen Preisen. Im Auslande, wie Deutschland, Tschechoslowakei u. a. kostet ein Kilogramm Hefe

70 bis 80 Groschen.

Bevor das Kartell bei uns gegründet wurde, haben wir nur 70 bis 80 Groschen für Hefe gezahlt. Heute müssen wir dafür 2,60 Zloty zahlen, obwohl wir das ärmste Volk in Europa sind.

Der Hefekonsum in Polen macht jährlich 9 Millionen Kilogramm aus. Der Selbstkostenpreis, nach Berücksichtigung der hohen Verwaltungskosten und der Amortisation, beträgt im besten Falle 80—100 Groschen, die Handelskosten mit eingerechnet.

Jedes Jahr preßt das Hefekartell 15 Millionen Zloty aus dem Konsum heraus,

ein Betrag, der lediglich in die Taschen der Kartellräuber wandert. Dabei verliert der Staat an Einnahmen, denn der hohe Preis hat die Einschränkung der Konsumtion zur Folge. Nach der letzten Statistik zählt Polen mehr als 30 Millionen Einwohner und der Hefekonsum beträgt nur 9 Millionen Zloty. Die Tschoslowakei, zählt 13 Millionen Einwohner und der Hefekonsum beträgt dort 14 Millionen Kilogramm. Das ist direkt ebschämend und das ist nicht nur mit der Hefe so, sondern mit allen kartellierten Artikeln. Dafür sind dort die Preise niedrig und bei uns hoch. Durch den Rückgang des Konsums, nimmt natürlich der Staat an Steuern weniger ein und wird immer weniger einnehmen, aber so weit kann man bei uns nicht rechnen, daß der billige Preis den Konsum steigert.

Das Hefekartell hat natürlich auch einen

„Arbeitgeberverband" eingesetzt,

ähnlich wie alle Kartelle. Die 15 Hefefabriken in Polen müssen natürlich an die Zentralleitung Beiträge abführen, damit der „Arbeitgeberverband" wirtschaften kann.

Die führen jährlich 2 200 000 Zloty an die Zentrale ab. Das ist direkt unerhört, wenn man bedenkt, daß die 15 Fabriken 2 200 000 an ein Büro abführen, während der ganze Arbeiterlohn im Jahre 1½ Millionen Zloty beträgt.

Genau eine solche Wirtschaft haben wir auch in der schlesischen Schwerindustrie. Wir haben hier bald mehr Zentralen, als Arbeiter in dem Betrieb und alle Zentralen beschäftigen Generaldirektoren und Direktoren und zahlen ihnen fabelhafte Gehälter. So wird es in Polen gemacht.

Nun wird aus Warschau gemeldet, daß ein Petroleumkartell neu gegründet wurde, damit in allen Industriezweigen dieselbe Wirtschaft, richtiger Mißwirtschaft, eingeführt werde. Man will sogar einen

industriellen Triumvirat gründen,

der sich aus lauter Generaldirektoren zusammensetzen soll Man nennt die Generaldirektoren Klarner, Gliwic und Wierzbicki, die dann die wirtschaftliche Diktatur in Polen über die Arbeiterschaft übernommen werden. Wohl nicht nur über die Arbeiter, sondern auch jene Regierungsstellen, die sich mit den Wirtschaftsfragen befassen. Das sind schöne Aussichten, die den Beweis liefern, daß die Arbeiterschaft in Polen den chinesischen Kulis gleichgestellt werden soll.

In der augenblicklichen Wirtschaftskrise **versuchen gut bezahlte Sachwalter des Kapitals mit allen Mitteln die Angestellten und Arbeiter zum Austritt aus den Gewerkschaften zu bewegen,** indem ihnen phrasenhafte und lächerliche Versprechungen gemacht werden, daß hierdurch alle Entlassungen aufhören.

Kollegen! Denkt daran, daß in den nächsten Tagen der Schlichtungsausschuß über die Löhne der Eisenhüttenarbeiter entscheiden wird. Denkt daran, daß die geschlossene Front der Angestellten und Arbeiter zur Verteidigung der bedrohten sozialen Errungenschaften unbedingt notwendig ist. Niemand hat das Recht die Disziplin zu verletzen und die Solidarität zu brechen. Niemand darf leichtsinnigerweise seine Rechte preisgeben.

Gegenüber den Angestellten, die trotz dieses Aufrufes den verblendeten Führern der Schwerindustrie, die für ihre destruktive Arbeit fürstliche Gehälter beziehen, auf den Leim gehen, behalten sich die Gewerkschaften die Anwendung entsprechender Maßnahmen und gegebenenfalls sogar das Recht des Ausschlusses aus ihren Reihen vor.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die von der Leitung der Interessengemeinschaft geforderte weitere 15 Prozent Gehaltsherabsetzung der tariflichen Angestellten die verfahrene Wirtschaft der J. G. nicht retten kann. Nur eine sofortige, radikale Liquidierung des riesenhaften und luxuriösen Direktorenapparates, sowie der überflüssigen hochbezahlten oberen Beamten kann eine Sanierung des Konzerns herbeiführen.

Daran müssen vor allen Dingen die verantwortlichen Leiter der J. G. denken, denen dies schließlich unzweideutig der Hauptaktionär Herr Flick in der Sitzung des Präsidiums der J. G. am 5. November 1931 in Wien gesagt hat. Dies beweist das Sitzungsprotokoll.

Kollegen! Weicht nicht einen Schritt zurück von euren Rechten und Errungenschaften! Nur die geschlossene solidarische Front kann zur Besserung der gegenwärtigen und unerträglichen Zustände führen.

Katowice, den 19. April 1932.

Arbeitsgemeinschaft der oberschl. Angestelltengewerkschaften.

Schiedsspruch für die Zinkindustrie bestätigt

Ein außerordentlicher Schlichtungsausschuß, unter Vorsitz des Demobilmachungskommissars, Maske, hat bekanntlich die Löhne in der Zinkindustrie um 7 Prozent abgebaut. Der Schiedsspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt. Nun kommt aus Warschau die Meldung, daß das Arbeitsministerium den Schiedsspruch bestätigt hat.

Warschau über die schlesische Hüttenindustrie

In Warschau befaßt man sich in den amtlichen Kreisen mit der Lage in der schlesischen Hüttenindustrie. Herr Oberarbeitsinspektor Klott, hat nach seiner Rückkehr aus Kattowitz, im Arbeitsministerium einen Bericht erstattet. Er vertritt den Standpunkt, daß der Lohnabbau in der Eisenindustrie geeignet erscheint, den Arbeitern die Mehrbeschäftigung zu bieten, denn die Feierschichten werden dadurch eingeschränkt. Dadurch werden die Arbeiter besser gestellt. Denselben Standpunkt hat man bei dem Lohnabbau in der Bergbauindustrie vertreten, denn nach dem Lohnabbau sollten die Feierschichten auf den Gruben verschwinden. Das hat der Demobilmachungskommissar den Gewerkschaften versprochen. Gleich nach dem Lohnabbau wurde die Kleophasgrube und paar Wochen später, die Gräfin Lauragrube geschlossen. Außerdem hat der Demobilmachungskommissar mehrere Tausend Bergarbeiter abgebaut und wird noch über viele Reduzierungsanträge zu entscheiden haben. Selbst in Warschau kann sich dieser Standpunkt schwer durchsetzen. Man wartet dort auf die Realisierung der zweiten Anleiherate für den Bau der neuen Baulinie Kattowitz—Gdingen, in Höhe von 200 Millionen Zloty, aber die Realisierung ist sehr unwahrscheinlich, denn die eingeleiteten Verhandlungen in Paris nehmen einen schleppenden Gang und kommen nicht vom Fleck. Sollte die Anleihe einlaufen, dann werden vier große eiserne Brücken gebaut und auch sonst Schienenmaterial benötigt. Das könnte der Hüttenindustrie ein wenig auf die Beine helfen. Bis die Anleiheangelegenheit erledigt ist, werden noch viele hunderte Hüttenarbeiter daran glauben müssen. Aus Schwientochlowitz wird heute berichtet, daß die Verwaltung selbst den turnusweise beurlaubten Arbeitern die Kündigung zugestellt hat. So wird es bei uns gemacht.

570 Arbeiter auf der Blei-Scharleygrube gekündigt

Der Demobilmachungskommissar hat auf der Blei-Scharleygrube 570 Arbeiter turnusweise beurlaubt. Nun hat die Verwaltung dieser Erzgrube allen diesen Arbeitern zum 1. Mai die Kündigung zugestellt. Die Verwaltung hat diesen Schritt damit begründet, daß die Spolka Bracka von ihr die Bezahlung der Sozialbeiträge verlangt.

Ottmachauer Räuber in Bismarckhütte ermittelt

Im Einvernehmen mit den polnischen Stellen führte die deutsche Kriminalpolizei in Polnisch-Oberschlesien Ermittelungen durch, und zwar im Zusammenhang mit dem schweren Raubüberfall, der auf den Kassierer der Dammbaugesellschaft in Ottmachau ausgeführt worden ist. Es wurden gegen 30 000 Reichsmark geraubt. Die Spuren eines Täters führten nach Polnisch-Oberschlesien. Im Laufe der Untersuchungen stieß die Kriminalpolizei auf den deutschen Staatsangehörigen Paul Stephan Kubitza, der sich in Bismarckhütte niedergelassen und dort eine Bäckerei einschließlich Verkaufsgeschäft für die Summe von 16 000 Mark erworben hatte. Es zeigte sich, daß Kubitza im Monat Februar die deutsch-polnische Grenze auf unlegale Weise überschritten und sich in der Zwischenzeit die erdenklichste Mühe gegeben hatte, die polnische Staatszugehörigkeit zu erlangen. Seinem Antrage jedoch ist bis heute nicht stattgegeben worden. Kubitza verwickelte sich bei der Vernehmung in Widersprüche und konnte nichts Näheres darüber angeben, wie er in den Besitz der Geldsumme gelangte, die er zum Ankauf der Bäckerei verwendet hatte. Wie es heißt, kommt Kubitza tatsächlich als der Ottmachauer Räuber in Frage. Er ist bereits von den polnischen Stellen über die Grenze abgeschoben und dort von der deutschen Polizei in Empfang genommen worden. y.

Folgen der Gerüsteinstürzung in Koslowa Gora

In Kozlowa Gora wird eine Ziegelei gebaut. Das Gerüst, das eben aufgestellt wurde, stürzte plötzlich um und begrub 4 Arbeiter. Als man endlich die 4 unglücklichen Arbeiter bergen konnte, stellte man bei ihnen arge Verletzungen fest. Alle vier Arbeiter wurden in das Tarnowitzer Krankenhaus eingeliefert. Das Polizeikommissariat in Radzionkau, hat in dieser Angelegenheit eine Untersuchung eingeleitet.

Kattowitz und Umgebung

Eine Unverbesserliche vor dem Richter.

Mit allerlei Mätzchen versuchte sich vor dem Kattowitzer Richter die 23jährige, verehelichte Wladyslawa Tankiewicz aus Warschau aus der Klemme zu ziehen, welcher verschiedene Diebstähle zur Last gelegt wurden. Die Frau, die gegenwärtig eine Freiheitsstrafe von 1 Jahr abbüßt, war schon 5mal wegen Diebstahl vorbestraft und kam schon als minderjähriges Kind unter Polizeiaufsicht. In einer Kattowitzer Bank entwendete ihr Ehemann in einem geeigneten Moment einem kaufmännischen Angestellten eine Geldsumme von 10 800 Zloty. Zum Glück bemerkte der Geschädigte noch rechtzeitig den Verlust und rannte dem, sich schleunigst entfernenden Spitzbuben nach, den er in einer Hofanlage stellte und zur Herausgabe des Geldes zwang. Frau Tankiewicz hatte sich wegen Beihilfe in dieser Diebstahlssache nunmehr zu verantworten, da sie zusammen mit ihrem Ehemann in der Bank gesehen und auch auf der gemeinsamen Flucht beobachtet wurde. Die Angeklagte bestritt aber jede Schuld und verlegte sich auf Ausflüchte. Mit lächelnder Miene erklärte sie, zunächst vor dem Bankgebäude auf ihren Mann gewartet zu haben, der größeres Geld einwechseln sollte. Da sie aber ihrem Mann nicht recht traute und ihr die Sache zu lange dauerte, wäre sie schließlich in den Schalterraum getreten. Es befremdete sie, daß sie von ihrem Ehemann beim Eintreten in das Bankgebäude gar nicht beachtet wurde und dieser sich schleunigst davon machte. Sie folgte ihm nach und wurde später Zeugin der Auseinandersetzung zwischen ihrem Ehemann und dem Bestohlenen. In das Bankgebäude will die Angeklagte deswegen eingetreten sein, weil sie von den vorübergehenden Männern draußen unentwegt angestarrt wurde. Diese und alle weiteren Behauptungen erregten Heiterkeit im Zuhörerraum. Nach dem Anklageakt wurden der Beklagten ferner 2 Diebstähle von Handtäschchen mit Geldbeträgen zur Last gelegt. Es konnte der Angeklagten lediglich ein Handtäschchendiebstahl nachgewiesen werden. Hierfür erhielt sie drei weitere Monate Gefängnis. In der Angelegenheit des Bankdiebstahls, sowie wegen dem zweiten Handtaschendiebstahl konnte mangels genügender Schuldbeweise eine Verurteilung nicht erfolgen. y.

Beschlüsse des Kattowitzer Magistrats. Die, in der letzten Zeit aktuell gewordene Frage, betreffend Ermäßigung der Kino-Billettsteuer, kam auf der letzten Magistratssitzung in Kattowitz erneut zur Behandlung. In Anbetracht des verschlechterten Kinobesuches während der Sommerszeit, sowie Auswirkung der gegenwärtigen Krisenzeit wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, eine Senkung der Kinobillettsteuer um 25 Prozent, einschließlich 5 Prozent für die Arbeitslosen, eintreten zu lassen. Diese Senkung der Kino-Billettsteuer hat Gültigkeit für die Zeit vom 1. April bis 30. September. Zur Annahme gelangte dann das Statut, betreffend die Erhebung von Steuern für Unterhaltungsabende, Vergnügen, Theateraufführungen usw. — Dem Projekt, das eine Abänderung der Taxe für Schornsteinfegergebühren vorsieht, wurde zugestimmt. Für einzelne Artikel des täglichen Bedarfs wurden dann Richtpreise festgesetzt und zwar pro Liter Milch 32 Groschen, pro Kilo Brot 45 Groschen und pro Stück Semmel (110 Gramm) 10 Groschen. Für Fleisch gelten die bisherigen Preise. y.

Frühlingssingen der Singgemeinde für die Anhalter Brandgeschädigten. Die Singgemeinde veranstaltet am Freitag, den 22. April, abends 8 Uhr, im Saal des Ev. Gemeindehauses, einen Liederabend mit ein- und mehrstimmigen Frühlingsliedern und Kanons, mit und ohne Instrumentalbegleitung. Die Folge enthält weiter 2 Sätze aus der Festmusik von Fischer für kleinen Instrumentenchor und ein seltenes Lautenquartett Joseph Haydns. Wir laden alle herzlichst zu diesem Frühlingssingen ein. Eintrittsgeld wird nicht erhoben, doch werden freiwillige Spenden für die Brandgeschädigten der deutschen Gemeinde Anhalt gern entgegengenommen.

Eichenau. (Nächtlicher Einbruch in einen Kiosk.) In der Nacht zum 19. d. Mts., wurde mittels Nachschlüssel, in den Kiosk des Paul Jendralski, auf der ulica Hallera 60 in Eichenau, ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort u. a. eine Tischlampe, 3 Kartons mit Zuckerwaren, eine Anzahl Bleistifte, sowie Rauchwaren. Der Sachschaden steht z. Zt. nicht fest. Den Einbrechern gelang es, mit der Diebesbeute unerkannt zu entkommen. x.

Gemeindevertretersitzung in Emanuelssegen

Gemeindegelder werden an Sanatoren ausgeliehen — Gegen die vertraulichen Sitzungen — Angriffe auf den „Volkswille“ — Deutsche Katholiken gegen deutsche Sozialisten

Eine Emser Gemeindevertretersitzung ist immer deshalb interessant, weil ihr nie der politische Anstrich fehlt. Kein Wunder, denn dafür sorgen die Gemeindevertreter der Sanacja und der Vertreter der deutschen katholischen Volkspartei B., der, nach der „loyalen“ Krakauer Rede des Herrn Dr. Pant, sich nicht genug polnisch gebärden kann. Seit einiger Zeit kann man bei den Emsern Gemeindevertretersitzungen die Beobachtung machen, daß finanzielle Anträge u. a., die hier gerade die Oeffentlichkeit angehen, in geheimer Sitzung erledigt werden. Aber diese Art der Verhandlungen, ist bei der Emser Bürgerschaft verpönt, und zwar deshalb, weil seinerzeit in solchen Sitzungen, an verschiedene Personen, ungerechtfertigte Anleihen erteilt wurden u. a. mehr, so daß sich damit sogar das Landratsamt Pleß beschäftigen mußte und schließlich diese Art „Bankgeschäfte“ verboten hat. So wurde z. B. dem, schon aus dem Bestechungsskandal bekannten Gemeinderat Paul Kozira und anderen minder bekannten Sanatoren, tausende von Zloty, zwecks Errichtung von Geschäften und Verkaufshäuschen, verborgt. Mit der Rückzahlung hat es immer gehapert, und es wäre interessant, zu erfahren, ob die Gelder seitens des K. schon bezahlt sind und wenn schon, wer sie dann in diesem Falle hinterlegt hat. Darum gerade hat der Gemeindevertreter Kozira das größte Interesse, daß alles, was nur geht, oder auch nicht geht, in geheimer Sitzung erledigt wird. Hätte sich dieser Gemeindevertreter damals nicht in die allzu schmutzige Gemeinde-Wechselgeschichte eingelassen und seine Schweigepflicht als Gemeindevertreter ernst genommen, hätten die Emser Bürger das Vertrauen zu den geheimen Sitzungen nicht verloren und sich um selbige nicht gekümmert, bis man sie an eine Firma Ptak oder Lamla selbst mit Haar und Haut verkauft hätte.

In dieser Sitzung stellte wiederum, wie gewöhnlich, der Gemeindevertreter Kozira einen Antrag, mit dem Wunsch, selbigen in der geheimen Sitzung zu erledigen. Ohne, daß hierüber formell abgestimmt worden wäre, hat man den „Koz-Antrag“ in der geheimen Sitzung erledigt, auch hat man den Inhalt dessen, den übrigen Gemeindevertretern nicht vorgelesen. Diese Sitzung wurde wieder dazu benutzt, um

gegen den „Volkswille“, der den Verlauf der letzten Sitzung wortgetreu gebracht hat, wüst zu hetzen.

Besonderer Verdienst, sich hierbei hervorgetan zu haben, gebührt dem „auchdeutschen“ Gemeindevertreter der deutschen katholischen Partei Burzan, der den Berichterstatter unseres Blattes beschimpfte. Den übrigen deutschen Vertretern war sein Verhalten so peinlich, daß ihn der G.-V. P. am Rock zerrte, damit er seine wenig rühmliche Rede so schnell, wie möglich, beendigen sollte. Ueber diesen katholischen Vertreter erübrigt es sich, noch etwas zu bemerken, jeder Deutsche müßte ihn, wegen seines antideutschen Benehmens keines Blickes würdigen. Schließlich

beschuldigten sie den Genossen Iwan, daß er derjenige wäre, der der deutschen Presse die übrigen Berichte über die Gemeindevertretersitzung zukommen lasse.

Hierauf erwiderte der Genosse Iwan, im erregten Tone, daß er den Berichterstatter für einen Ehrenmann achte, er selbst also keiner Zeitung Berichte zukommen lasse. Im übrigen, meinte er, ist er nicht für die, in der Presse erschienenen, Angaben verantwortlich und verwies des weiteren auf den, für jedermann zugänglichen Klageweg. Seine Aeußerung verlangte er, ins Protokollbuch einzutragen. Nach der Protokollierung

unterschrieben die Gemeindevertreter eine Deklaration, nach der sie sich verpflichten sollen, über die Gemeindevertretersitzungen kein Sterbenswörtchen zu verlieren.

Der polnisch-sozialistische Gemeindeschöffe Scheliga bemerkte hierzu, es wird wieder das beste Einvernehmen zwischen Bürger, Presse und der Gemeinde herrschen, wenn man von den unnötigen „geheimen Sitzungen“ Abstand nehmen würde. Die Ansicht dieses Gemeindeschöffen ist richtig, und der Gemeindevorsteher möge sich bei künftigen Gemeindevertretersitzungen darnach richten. Dann wäre es vielleicht auch notwendig, in nächster Zeit eine

Bürgerversammlung einzuberufen,

denn die Emser Bürger haben schon seit langem den Wunsch, auch einmal ihren Gemeindevorsteher sprechen zu hören und ihm einige Wünsche vorzulegen.

Nach 17 Uhr, eröffnete der Gemeindevorsteher Janas die Sitzung und gab die Tagesordnung bekannt.

Die Pachtung des Sportplatzes zwischen der Gemeinde und der Generaldirektion des Fürsten von Pleß, wurde akzeptiert. Die Gemeinde zahlt der Plessischen Verwaltung 40 Zloty jährlich. Den Platz, der an der früheren Eisbahn an dem Wege nach der Erdmannshöhe angelegt wird, werden die Emser Erwerbslosen, für das Geld, welches das Landratsamt zahlt, ausbauen. Demnach wird der Sportplatz über zehn Jahre gebaut, denn wie kommen die Arbeitslosen dazu, für die, schon sowieso niedrigen, Unterstützungen schwer zu arbeiten. Hoffentlich wird um den Sportplatz kein störender Bretterzaun aufgestellt, welcher in solchem Falle, die herrliche Waldgegend nur verschandeln würde.

Laut „Dziennik Ustaw“, Nr. 99 vom 16. Nov. 1931, wird noch zu der Kommunalsteuer eine Krisensteuer erhoben. Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die arbeitenden Schichten, in der so schweren Zeit wieder neue Steuern aufgepelzt werden. Der Gemeindevertretung wurde die Verfügung betreffs der neuen Steuer bekannt gegeben und zur Kenntnis genommen.

Ein Antrag der P. P. S. wurde, obwohl er schon einige Tage vor der Gemeindevertretersitzung beim Gemeindevorsteher eingereicht wurde, nicht auf die Tagesordnung gestellt, eine diesbezügliche Anfrage des Gemeindeschöffen der P. P. S., beantwortete der Gemeindevorsteher dahin, daß der Antrag, nach der am 3. Mai d. Js. stattfindenden Gemeindevertretersitzung erledigt wird.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden einige wenig bedeutende Kommunikate, sowie eine Anzahl Unterstützungsanträge behandelt.

Gegen 20 Uhr schloß der Vorsitzende Janas die Sitzung.

Königshütte und Umgebung

Errichtung einer neuen Förderschachtanlage.

Die Verwaltung der Starboferme hat, unweit der Krugschacht-Zweianlage, eine neue Förderschachtanlage erbauen lassen. Die gesamte Eisenkonstruktion der Separation wurde von der Brückenbauanstalt der Werkstättenverwaltung in einem Gewicht von über 700 Tonnen hergestellt. Der über 80 Meter hohe Förderturm besteht ganz aus Eisenbeton und überragt alle bisherigen Fördertürme. Durch die Errichtung dieser neuen Schachtanlage ist die Starboferme eine der modernsten Anlagen in Polen geworden, und wird alle bisherigen Grubenanlagen an Leistungsfähigkeit weit übertreffen. In einer Stunde sollen nach den Erfahrungen anderer derartiger Anlagen in den verschiedenen Ländern und Staaten, 400 bis 500 Tonnen bezw. 7500 Tonnen täglich gefördert werden können. Eine so hohe Förderungsziffer konnte bisher nur auf mehreren Förderschächten des jetzigen Systems erreicht werden. Wenn auch mit Hilfe dieser neuen Förderanlage eine größere Rentabilität gewährleistet wird, so hat sie anderseits den Nachteil, indem die bisherigen zwei Förderschächte, Krugschacht 1 und 2 zum Stillstand verurteilt werden und dadurch eine größere Anzahl von Bedienungspersonal zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden. Die Inbetriebsetzung der neuen Anlage soll in den nächsten Wochen erfolgen. m.

Vor Wahlen zur Ortskrankenkasse Königshütte. Der frühere Vorstand der Ortskrankenkasse Königshütte hat ununterbrochen sein Amt 13 Jahre ausgeführt. Infolge einiger Unstimmigkeiten, die schon Gegenstand von Gerichtsverhandlungen waren, wurde der Vorstand aufgelöst und durch einen Kommissar ersetzt. Monate sind vergangen und die versprochenen Neuwahlen nicht ausgeschrieben. Die Mitgliederschaft drängt auf geordnete Verhältnisse, um nicht diesen Ausnahmezustand in einen Dauerzustand werden zu lassen. Man verlangt einen ordnungsgemäß gewählten neuen Vorstand, der die Leitung übernehmen soll. Wie man hierzu hört, soll endlich zu neuen Wahlen geschritten werden und der Wunsch besteht, eine paritätische Zusammensetzung der polnischen und deutschen Listen vorzunehmen. In dieser Angelegenheit werden Verhandlungen gepflogen. m.

Nächtlicher Ueberfall. Der Bauunternehmer Lothar Förster und der Ingenieur Schulz wurden in den Abendstunden, als sie sich auf dem Heimwege nach ihrer Wohnung befanden, an der ulica 3-go Maja überfallen und von zwei Männern tätlich angegriffen. F. erlitt dabei Verletzungen an den Augen. Einem hinzugekommenen Polizeibeamten gelang es, einen der fliehenden Täter einzuholen. Auf der Polizeiwache wurde er als der Paul Sowa aus Schwientochlowitz ermittelt. m.

Geschäftseinbruch. Gestern abends, gegen 20 Uhr, verübten Unbekannte einen Einbruch in das Geschäft des Schneidermeisters Golczyk, an der ulica Katowicka 2. Die Täter entwendeten 13 Ballen verschiedenen Stoff, im Werte von 1000 Zloty. Auf der Flucht mit der gestohlenen Beute verloren sie im Hausflur zwei Stoffballen, die dem Geschädigten zurückerstattet werden konnten. m.

In der eigenen Wohnung mißhandelt. Zwischen den Familien Kleiner und Kreser, an der ulica Ficka 10, herrschte seit einiger Zeit ein gespanntes Verhältnis. Dieser Tage erschien nun K., in Begleitung zweier Männer, die die beiden Eheleute mißhandelten. Strafantrag wegen Körperverletzung wurde gestellt. m.

Mehr Vorsicht beim Bezug von Wohnungen. Viele Bürger glauben unter Umgehung der Vorschriften des Wohnungsamtes eher in den Besitz einer Wohnung zu gelangen. Sehr oft gelingt diese, hat aber später bei Bekanntwerden eines solchen Falles für die in Frage kommenden Personen nachteilige Folgen in dem Exmittierung aus einer solchen Wohnung erfolgt. Ein solcher Fall ereignete sich dieser Tage im Hause der ulica Narozna 29. Ein gewisser Johann P. hatte in diesem Hause eine Wohnung unrechtmäßig erworben und wurde exmittiert. In der verständlichen Erregung bedrohte er den die Exmission überwachenden Polizeibeamten mit einer Axt, so daß die traurige Angelegenheit ein gerichtliches Nachspiel haben wird. m.

Siemianowitz

Betriebsratswahlen in der Laurahütte.

Am 29. April finden in der Laurahütte die diesjährigen Betriebsratswahlen statt. Bei der jetzigen Belegschaftsstärke von über 600 Arbeitern und gegen 70 Angestellten sind 7 Arbeiterrats- und 2 Angestelltenratsmitglieder zu wählen. Hinzukommen auf die Arbeiterliste 2 Ergänzungsmitglieder und auf die Angestelltenratsliste 4 Ergänzungsmitglieder. Von Arbeiterseite sind 4 Wahlvorschläge eingereicht worden, und zwar Liste 1: christliche Demokraten mit dem Spitzenkandidaten Kadlubek, Liste 2: polnische Berufsvereinigung mit Musiol an der Spitze, Liste 3: deutsche und polnische freie Gewerkschaften mit dem Spitzenkandidaten Katzmarek, Liste 4: generalna Federacja mit Szyrba an der Spitze. Die Kommunisten haben dieses Mal keine Vorschlagsliste eingereicht. Von den Angestellten ist nur ein Wahlvorschlag eingereicht worden und erübrigt sich hiermit eine Wahl. Die Wahlaussichten sind für die freien Gewerkschaften bei der diesjährigen Wahl besonders günstig. Erstens haben sie in der vergangenen Periode bewiesen, daß sie gewissenhaft, zielbewußt und energisch ihre Wähler vertreten können und zweitens konnten die radikalen Richtungen, welche im alten Betriebsrat vertreten waren, sei es von rechts oder von links, nichts an sichtbarn Erfolgen auf ihre Fahnen buchen. Namentlich die Federacja, welche nur mit einem Ergänzungsmann im alten Betriebsrat vertreten war, hat während der Arbeiterentlassungen sonderbare Proben ihrer Arbeiterpolitik abgelegt. Bei den bevorstehenden Wahlen am 29. April, gilt darum die Parole für alle Arbeiter: **Keine Stimme den bürgerlichen Listen, jeder Arbeiter wählt die Liste der deutschen und polnischen Freien Gewerkschaften Nr. 3.** t.

Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang. Einen tödlichen Ausgang nahm eine Schwarzfahrt, welche der Schlossergeselle Georg Koziollek mit dem 16jährigen Schlosserlehrling Johann Pollok in Siemianowitz unternahm. Der Verkehrsunfall er-

eignete sich auf der ulica Myslowicka in Siemianowitz. Das Motorrad, welches Eigentum des Lehrherrn ist, und von dem Gesellen gesteuert wurde, prallte mit Wucht mit einem Milchwagen zusammen. Durch den Zusammenstoß wurde der Motorradlenker, als auch der Lehrling, welcher sich am Soziussitz befand, vom Rade heruntergeschleudert. Beide Personen erlitten sehr schwere Verletzungen. Der Lehrling soll inzwischen seinen Verletzungen erlegen sein, während sich der zweite Verunglückte noch am Leben und in ärztlicher Behandlung befindet. Das Motorrad wurde vollständig demoliert. Wie wir hierzu noch erfahren, haben Koziollok und Pollok das Motorrad, ohne Wissen ihres Arbeitgebers, benutzt, um lediglich eine Vergnügungsfahrt zu unternehmen, welche, wie bereits eingangs erwähnt, diesen verhängnisvollen Ausgang hatte. x.

Myslowitz

Rosdzin-Schoppinitz. (Mehl für Arbeitslose und Ortsarme.) Nach einer Bekanntmachung des Gemeindevorstandes in Rosdzin-Schoppinitz ist eine größere Menge Backmehl angekommen, daß für die Zeit von 2 Monaten an die Armen und Arbeitslosen, die verheiratet sind oder die einzigen Ernährer der Familie sind, zur Verteilung kommt. Ledige Personen kommen hierbei nicht in Frage. Die Zuweisung erfolgt reihenweise und zwar: am 21. für Buchstaben A—J, am 22. Buchstaben K—R und am 23. Buchstaben S—Z. An diesen Tagen wird die Verteilung an diejenigen erfolgen, die aus der staatlichen Unterstützung versorgt wrden und aus anderen Unterstützungssätzen empfangsberechtigt sind. An Invaliden, deren Renten an die Bezüge der Vorgenannten nicht heranreichen, erfolgt die Verteilung in den ersten Tagen der nächsten Woche. Ausweise sind mitzubringen. —h.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Der Gipfel der Unvernunft erreicht.

In der Bismarckhütte stehen die Betriebsrätewahlen vor der Tür. Schon bei einer vorhergegangenen Belegschaftsversammlung platzten die Gemüter einzelner Kollegen, ob Einheitsliste oder Gewerkschaftsliste, gegeneinander. Die Belegschaft verlangte die Einheitsliste. Was taten aber die Kollegen einer Gewerkschaftsrichtung, die noch vor Jahren solche eifrige Anhänger der Einheitsliste waren? Sie mißbrauchten den Beschluß, denn sonst müßten diese Kollegen doch erkennen, daß in diesem Moment das Spiel eines Betriebsrates oder gar eines Ausschußmitgliedes auf immer aufgehört hätte. Und nun haben wir den Erfolg dieser Zersplitterungsarbeiten: 11 Listen wurden bis Montag, den 18., eingereicht. Somit ist der Gipfel der Unvernunft erreicht. Die Arbeiter der Bismarckhütte müssen nun diesen Elementen, die immer, wie reine Unschuldsengel auftreten, am 30. April und 2. Mai den Denkzettel geben.

So ist bei der Wahl der Betriebsvertretung die Liste der freien Gewerkschaft D. M. V. zu wählen. Denn nur die Kandidaten der freien Gewerkschaft, D. M. V., geben die Gewähr, die Belegschaft aufrichtig zu vertreten. Darum, Arbeiter der Bismarckhütte, wenn ihr am 30. April und 2. Mai zur Wahl um eure Vertreter schreitet, so gebt die Stimme der **Liste Nr. 6,** mit den Spitzenkandidaten Wischnowski und Ballon, die rücksichtslos den Kampf gegen die unsauberen Elemente führen und für eine aufrichtige und gesunde Vertretung sorgen!

Deutschland erwache!
oder: Die Polizei in Piekar sieht Gespenster.

Einer Anregung der Scharleyer und Piekarer Genossen Folge leistend, befaßte sich der Bezirksvorstand unserer Arbeitersportler vor einigen Wochen mit der Gründung eines Vereines in diesem Doppelort, der den Namen „Freier Sportverein" Piekary tragen sollte. Nachdem bereits vor zirka 14 Tagen eine Gründungsversammlung vorausgegangen war, beriefen die dortigen Genossen im Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand für Freitag, den 15. April eine zweite Versammlung ein, zu welcher vereinbarungsgemäß der Genosse K. von der Bezirksspielleitung erschien. Doch wie groß war seine Verwunderung, als ihm die dortigen Genossen bei seiner Ankunft erklärten, die Versammlung nicht abhalten zu können, da die Polizei die Genehmigung hierzu nicht erteile. Desgleichen wurde dem Wirt untersagt, seine Räumlichkeiten unsern Genossen zur Verfügung zu stellen. Es muß erwähnt werden, daß die Versammlung insofern von großer Wichtigkeit war, als der neue Verein sich lobenswerterweise bereits an den diesjährigen Arbeiter-Fußballmeisterschaften des Bezirks Oberschlesien aktiv beteiligen wollte. Zu diesem Zweck wurde von der Bezirksspielleitung eine Tabelle herausgegeben, auf welcher alle daran beteiligten Vereine bezeichnet sind. Diese Vereine wurden als nicht existierend und der, auf dem Zirkular befindliche Bezirksstempel, als Fälschung erklärt. Nicht genug damit, bezeichnete ein in Piekar stationierter Polizeibeamter unsere Bestrebungen, den dortigen Arbeitern und arbeitslosen Parteigenossen auf diese Art eine Abwechslung in ihr freudloses Dasein zu bringen, als Germanisierung, indem er den neugegründeten Verein als verkappten „Jungdeutschland-Orden" titulierte.

Hier endet die Tragik der Historia — doch nun kommt das Komische! Wie unser Gewährsmann berichtet, beherrschen unsere dortigen Genossen die deutsche Sprache recht mangelhaft. Und wie das unter unsern Kumpeln so üblich ist, bedienen sich diese meist der polnischen Sprache. So auch in diesem Falle. Uns Sozialisten ist es selbstverständlich ganz piepe, in welcher Sprache sich so ein armer Erdenpilger seinen Mitmenschen gegenüber verständlich machen oder seinen Gefühlen Ausdruck geben will. Aber das ausgerechnet polnisch sprechende Bürger des polnischen Staates und noch dazu in Polen einen „Jungdeutschland-Orden" gründen wollen, ist nun doch ein wenig unwahrscheinlich. Apropos — „Gefühle!" Daß an diesem Abend die Mitglieder des Piekarer Sportvereines ihren Gefühlen Luft machten, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Und zwar geschah dies auf recht kräftige Art und Weise. Denn

es ist nicht einem Jeden gegeben, angesichts der Obrigkeit ein auf der Zunge liegendes herzhaftes „Pierrunje" zu verschlucken. Und ein „Jungdeutschland-Orden" wird sich bestimmt ein anderes Losungswort aussuchen als ebendieses echt oberschlesische „Pierrunje!"

Man könnte heulen, wenn man sich den klaren Sachverhalt noch einmal vor Augen führt. Uns ist schon Verschiedenes im Kampf um die Bessergestaltung des Proleten-Daseins zugestoßen, aber ausgerechnet: „Jungdeutschland??" — Nee, da ist unser Klassenkampf schon ein lohnenderes Ziel! Fehlte nur noch die Behauptung, unsere sozialistischen Arbeiter-Kulturvereine beabsichtigen von nun ab, ihre Tätigkeit aufs klerikale Gebiet zu verlegen und an allen Orten sogenannte „Antonius" und dergleichen andere Vereine ins Leben zu rufen. (Vielleicht wäre uns dann der Zustrom der indifferenten Massen sicher?!).

Und wenn die „Polska Zachodnia" erfährt, was sich in Piekar beinahe ereignete, dann wird ihr vor Schreck bestimmt sogar die Geifertinte erstarren und die Sanacja-Fraktion wird im Schlesischen Sejm ebenso sicher einen Antrag auf Erhöhung des Polizei- und Spitzel-Budgets einbringen.

Es sei nur festgestellt, daß unsere Genossen in Scharley-Piekary ihren Plan natürlich nicht aufgegeben haben und sich bei den Behörden auf Grund der auch für sie gültigen Bürgerrechte schon durchsetzen werden. Außerdem bleibt die Frage zu ventilieren, auf wessen Initiative der fragliche Beamte die Versammlung verboten hat oder ob es sich nur um die Ueberschreitung von Dienstbefugnissen handelte. In diesem Falle täten dem Herrn Posterunek einige Nachhilfestunden im Dienst-Reglement dringend not.

Im übrigen dürfte unserm westlichen Nachbarn, dessen Geister hier ihren bösen Spuk treiben, an einem solchen Orden, der in unserm Sinne geleitet wird, wirklich nicht viel gelegen sein! — — — eg.

Zwei Einbrüche im Kreise Schwientochlowitz. In die Wohnung des Paul Gryszka auf der ulica Kosciuszki 9 in Scharley wurde ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen zwei Anzüge, sowie eine goldene Uhr mit Kette. Der Gesamtschaden wird auf 1200 Zloty beziffert. In einem anderen Falle wurden zum Schaden der Gemeindeverwaltung in Friedenshütte, mehrere Wasserrohre, im Werte von 270 Zloty, gestohlen. Der Diebstahl wurde in einem Lager ausgeführt, welches gewaltsam von den Einbrechern geöffnet wurde. x.

Brzeziny. (Mit dem Messer das Auge ausgestochen.) Infolge familiärer Zerwürfnisse. kam es zu Tätlichkeiten zwischen Paul Zaja und Paul Kiska, beide wohnhaft in Brzeziny. Zaja verletzte den Kuska mit einem Messer durch mehrere Stiche in die Augengegend. Kuska wurde nach dem Krankenhaus überführt, wo der Arzt feststellte, daß das betroffene Auge, das völlig verblutet war, ausgeschlagen worden ist. Der Messerheld wird sich wegen schwerer Körperverletzung vor Gericht zu verantworten haben. x.

Neuheiduk. (Schrecklicher Tod eines 3jährigen Knaben.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Wohnung der Familie Wyrwa auf der ulica 3-go Maja 4. Dort ließ die Mutter, welche Einkäufe zu tätigen hatte, ihr 3-jähriges Söhnchen Leo für kurze Zeit ohne Beaufsichtigung zurück. Das Kind spielte in der Nähe der Badewanne, welche mit heißem Wasser gefüllt war. Plötzlich fiel der Junge in die Wanne und erlitt furchtbare Verbrühungen, so daß der Tod in kurzer Zeit eintrat. Es erfolgte die Einlieferung in die Leichenhalle des städtischen Spitals in Königshütte. x.

Pleß und Umgebung

Krassow. (Der bestohlene Förster.) Dieser Tage kam der Oberförster von Kostow, in Begleitung von zwei Polizeibeamten nach Krassow, um in den wilden Gruben nach gestohlenem Holze zu suchen. Trotzdem sie genügend Holz gesehen haben, konnten sie kein gestohlenes feststellen, da viele der Kohlengräber sich das nötige Holz kaufen, um sich nicht doppelt strafbar zu machen. Dem Oberförster ist aber ein anderes Malheur passiert. Während er mit der Polizei suchte, sind ihm aus der Tasche ein paar teure Handschuhe verloren gegangen. Unter den Arbeitern mußte sich ein Dieb gefunden haben, der die Gelegenheit benutzte, sich dieselben anzueignen. Eine Untersuchung aller umherstehenden Arbeiter konnte kein Resultat zeitigen. Der Dieb war irgendwo spurlos verschwunden, trotzdem niemand weggegangen ist. Der Förster wollte diese Handschuhe nicht verschmerzen, so bot er 15 Zloty demjenigen, der ihm die Handschuhe beschafft. Aber auch das zog nicht. Die Handschuhe sind verschwunden. Die Mühe des Försters war umsonst, denn nichts hat er gefunden, weder das Holz, noch seine Handschuhe. *

Tarnowitz und Umgebung

Alt-Chechlau. (Wohnungsbrand.) Auf dem Bodenraum des Hauses des Josef Ignac, in der Ortschaft Alt-Chechlau, brach Feuer aus, durch welches das Dach, sowie die Zimmerdecke, vernichtet wurden. Der Brandschaden wird auf 1000 Zloty beziffert. Der Geschädigte war bei einer Feuerversicherungsgesellschaft versichert. Die Brandursache steht z. Zt. nicht fest. x.

Wahn-Europa 1934

Von Hanns Gobsch

10)

Der Duce steht am Schreibtisch, sucht im Wust der aufgestapelten Depeschen. Hier die Genfer Aufforderung: „... Rom möge nichts unternehmen, was die Lage komplizieren könnte..." Capponi lacht leise. Jawohl, er soll gemächlich abwarten, bis die Genfer ihren Brei zusammengerührt haben! — Und hier die Pariser Funkdepesche des Herrn Baron Saint Brice: „... Unantastbarkeit bestehender Macht- und Besitzverhältnisse..." — Echte Gedankengänge eines gesättigten Volkes, das seine Renten in Ruhe verzehren möchte! Das soll sich Roms Regierungschef hinter den Spiegel stecken, nicht wahr, verehrter Baron? Nun, unsre Kreuzer vor Durazzo geben Ihnen meine Antwort! — Capponi wirft die Papiere zornig durcheinander. Der Gipfel der Frechheit ist doch der Funkspruch dieses fliegenden Ministers..." „... Appell, unverzüglich den normalen Zustand wiederherzustellen... Die Völker lehnen Gewaltlösungen grundsätzlich ab..." — Unerhört! Das ist Größenwahn in zehnter Potenz! Was bildet sich dieser Leon Brandt ein! Vor zweieinhalb Jahren hat ihn Capponi aus Italien hinauswerfen lassen, weil dieser peinliche Franzose seine unterirdischen Kanäle auch in die nationale Geschlossenheit Italiens vorzutreiben wagte. Das Europäertum sollte auch nach Italien importiert werden! Capponi hatte damals den Hinausgeworfenen, der wochenlang die Mailänder Arbeiterschaft hypnotisierte, nachträglich in contumaciam zu zehn Jahren Kerker verurteilen lassen. Und heute war dieser Herr Fankreichs Außenminister! Solche Gipfelleistungen waren eben nur in den morschen Demokratien des Westens möglich! — Capponi lacht mit leisem Dröhnen: geradezu kindhaft offenherzig ist doch dieser Brandt! Wie funkte er gleich vorhin seinem Ministerpräsidenten nach Paris... Hier... da steht es: „... jede andersgearbeitete Kombination entfällt" — Gut gefunkt, Herr Brandt! Von Ihrer Seite habe ich also nur den Palmenwedel zu erwarten. Wie angenehm, solchen Friedensfanatiker zum Nachbarn zu haben! Trotzdem bleibt die Frechheit! Völker lehnen Gewaltlösungen grundsätzlich ab? Nun, Europa mag nach seinem Geschmack unselig werden. Italien scheut, ginge es um Letztes, vor Gewaltlösungen nicht zurück!

Capponi durchwandert das Halbdunkel von neuem. Das Telephon schlägt an. Der Chef des Chiffrierbüros übermittelt den Text eines Telegramms, das die Belgrader Regierung soeben nach Rom und nach Genf schickte: „Die Regierung Südslawiens ist zur Zurücknahme ihrer Truppen aus Albanien bereit, wenn Italien seinerseits die drei Kreuzer abberuft und im Verein mit den übrigen Großmächten die Unverletzlichkeit des albanischen Königreiches garantiert."

Ein pfeifender Laut zischt über Capponis Lippen. Wie bescheiden! Jetzt soll der kleine Grenzfall auf politisches Großgleis geschoben werden! Europa als Garant für südslawische Hausmachtpolitik! Und Italien soll mithelfen, daß ein Eckpfeiler aus seinem eignen Haus ausgebrochen wird! Capponis Augen sehen plötzlich gar nicht mehr verträumt in die Ferne, sie funkeln voll Wut und scheinen Allernächstes wahrzunehmen. Er hebt die Faust, um sie auf die Tischplatte niederfallen zu lassen. Da öffnet sich im Hintergrund die Flügeltür. Herr Rimbot, Frankreichs Botschafter, wird eingelassen. Sofort ist Capponi nur noch lächelnde Beherrschung.

Händedruck, gelassene Freundlichkeit auf beiden Seiten. Herr Rimbot gleitet in die Gobelinpolster des Renaissancestuhles, nimmt dankend die Zigarette, die Capponi ihm anbietet. Der Duce drückt seine verhaltene Bewunderung aus, die der kühne Amerikaflug des französischen Außenministers ihm abnötige. Der Botschafter wird eine Sekunde verlegen: ist das Hohn? Der Duce bewundert den Mann, den er mit Kerker bedacht hat? Kein guter Anfang — denkt Herr Rimbot, dankt flüchtig und beeilt sich, von dem heiklen Thema wegzukommen. Die tödliche Feindschaft Capponi-Brandt ist kein verheißungsvoller Ausgangspunkt für das kommende diplomatische Gespräch. Endlich findet er den richtigen Uebergang: Ernste Besorgnis am Quai d'Orsay... feste Hoffnung auf gütliche Einigung... Entschlossenheit des Genfer Rates... „Ew. Exzellenz werden nicht zweifeln daß meine Regierung strengste Neutralität wahren wird, wobei sie freilich auf die gleiche Loyalität der Gesinnung und Absichten auf Ihrer Seite vertraut."

Capponi schweigt eine Minute. Dann erwidert er ruhig: „Belgrad braucht nur seine Abteilung zurückzuholen, dann ist die Sache in Ordnung. Vorausgesetzt..." — Capponis Stimme gewinnt Nachdruck — „daß Belgrad unmögliche Forderungen schleunigst begräbt! Garantien hinsichtlich Albaniens sind ausgeschlossen."

Stille. Der Franzose stößt sanfte Rauchwolken aus seiner Zigarette. Capponi starrt über Rimbots Schulter hinweg auf die Wandkarte. Er sitzt ganz im Schatten, so daß der andre sein Gesicht nur in schwachen Umrissen erkennt.

„Kriegerische Lösungen sind für unsern Erdteil ein kaum erschwinglicher Luxus", lächelt der Franzose sinnend nach einer Weile. Seine Worte klingen so unvermittelt, als habe er ein Dutzend Sätze für sich im Kopf aneinandergereiht und plötzlich den dreizehnten Satz laut ausgesprochen.

„Ich habe keinerlei Neigung zu kriegerischen Lösungen", lächelt der Duce gelassen zurück. „Wir verteidigen lediglich unsre bürgerlichen Interessen in Albanien. Das ist alles."

„Das kann sehr viel sein!" lächelt wieder der Franzose. Plötzlich wird er lebhaft, wirft die angerauchte Zigarette in die antike Aschenschale und fährt fort: „Auch Südslawien hat solche Interessen zu verteidigen, Exzellenz! Sollte es nicht möglich sein, die beiderseitigen Wünsche freundschaftlich in Einklang zu bringen?"

Capponi hebt ein wenig die starken Schultern und lacht leise: „Es kommt auf die Ansprüche an. Bieten Sie Ihren Einfluß in Belgrad auf, daß man dort keine unsinnigen Forderungen stellt. Ich fürchte, Ihr Bundesgenosse ist schon etwas weit vorgestürmt, ohne an die Folgen zu denken. Es ist gefährlich, Bagatellen zu Prestigefragen zu steigern."

„Warum beordern Sie dann Ihre Kreuzer nicht zurück, Exzellenz?" fragt schlagfertig der Franzose.

Capponi erhebt sich langsam, sein Gesicht ist ganz undurchsichtig geworden. „Drahten Sie bitte nach Paris", winkt er ab, „daß nur ein feindlicher Angriff uns die Waffen in die Hand drücken könnte. Davon sind wir gottlob noch sehr weit entfernt. Im übrigen hat Belgrad das Wort: Räumung Albaniens, ohne Vorbehalt."

Als der Botschafter draußen sein Auto besteigt, ist sein Mißtrauen beträchtlich gewachsen.

Der Duce steht längst wieder mit gekreuzten Armen vor der Wandkarte. Krieg? Müßige Frage! Allen hockt ja die bleiche Angst in den Knochen! Aber wenn wider alles Erwarten...?? Capponis Augen gleiten langsam über die Länder der Karte. Die Konstellation ist günstig für Italien. Auffallend günstig!

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Herunter mit den Mietszinsen.

Im ganzen Staate ist eine Aktion im Gange, welche

eine Ermäßigung der Mietzinsen

bezweckt. Die Aktion ist begründet. Die seit drei Jahren andauernde Wirtschaftskrise hat eine beispiellose Verarmung breiter Volksschichten herbeigeführt. Bei uns in Schlesien ist es sicher nicht besser als in den anderen Provinzen Polens.

Die Verelendung der Arbeitenden hat gerade im Industriegebiet Schlesien den größten Umfang erreicht. Ueber 100 000 sind arbeitslos. Die Zahl der Kurzarbeiter ist beträchtlich. Die Löhne und Gehälter der noch Beschäftigten sind herabgedrückt worden. Die Bezüge der Staatsangestellten und Bedienten sind mehrfach um etwa 37 Prozent reduziert worden.

Die Verringerung der Mietzinse für diese Kreise wäre ein Gebot der elementarsten Gerechtigkeit. Aber auch die Mietzinse von Geschäftslokalitäten müßten herabgedrückt werden.

Die verkleinerte Kaufkraft der Arbeitenden und der Bauernbevölkerung verschlechterte den Geschäftsgang. Der Ruin bedroht die meisten Kaufleute. Ihre Lokalitäten stehen bezüglich der Mietzinshöhe nicht unter Mieterschutz. Diesen Umstand nützten viele Hausbesitzer aus, um vom Mietsschiedsamte höhere Mietzinssätze zu erwirken.

Faktisch zahlt in unserer Stadt nicht ein einziger Kaufmann den Friedenszins. Die Mietzinse sind verschiedentlich erhöht worden, von 20—100 und mehr Prozent.

Am schlechtesten sind die Mieter in den Neubauten dran. Wenn sie die Bezahlung der hohen Miete — durchschnittlich 100 Zloty monatlich pro Zimmer — verweigern, dann fliegen sie auf die Straße.

Deshalb muß die Abwehr gegen den Mietzinsdruck eine soziale, eine organisierte sein. Man muß die öffentliche Meinung mobilisieren. Es muß in breiter Front vorgegangen werden.

Wie wir erfahren, hat der Bielitz-Bialaer Mieterschutzverein beschlossen, schon mit der Generalversammlung die Aktion

für niedrigere Mietsätze

zu beginnen.

Stadttheater Bielitz.

Freitag, den 22. d. Mts., im Abonnement (Serie rot), abends 8 Uhr, zum erstenmal: „Flachsmann als Erzieher", Komödie in 3 Akten von Otto Ernst.

Samstag, den 23. d. Mts. wird diese Vorstellung im Abonnement (Serie blau) für den ausgefallenen Mittwoch, den 20. April wiederholt!

Letzte Vorstellung Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, außer Abonnement, billige Preise: „Das schwedische Zündholz", Lustspiel in 3 Akten von Ludwig Hirschfeld.

Neuerdings sei auf die Benefizvorstellung der Schauspieler hingewiesen.

Am 26. und 27. April findet je um 4 Uhr eine Vorstellung von „Rotköpfchen" statt, in der Frl. Mily Jankowsky die Hauptrolle spielt und Kinder der Gymnastikschule Irma Keller einen entzückenden Reigen tanzen.

Am 26. April, abends, wird als große Abschiedsvorstellung: „Alt-Heidelberg" mit dem gesamten Personal des Stadttheaters gegeben. Es ist zu erwarten, daß diese Vorstellungen ausverkauft sind.

Lebensmüde. Dienstag, den 19. d. M., gegen ½10 Uhr abends, beging, der auf der Schießhausstraße wohnhaft gewesene 64 Jahre alte Johann Lorek, Selbstmord durch Erhängen. Die Tat beging der Lebensmüde vor einem Schuppen. Als die avisierte Rettungsgesellschaft erschien, war er bereits tot. Das Motiv zu dieser Verzweiflungstat ist, lange Arbeitslosigkeit. Wann wird endlich die Altersversicherung geschaffen werden, damit solche alte Leute nach einem arbeitsreichen Leben nicht gezwungen sind zum Strick zu greifen. Diese Fälle bilden die schwerwiegendste Anklage gegen die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung.

Geschäftseinbruch. In der Nacht auf Dienstag, den 19. April, drückten unbekannte Täter eine kleine Auslagescheibe in der Waffenhandlung Karter in der Zunfthausgasse ein und entwendeten zwei Brownings und zwei Schachtel Patronen. Die Täter konnten unbemerkt entkommen. Die polizeiliche Anzeige wurde erstattet.

Lipnik. (Frühlingsliedertafel.) Samstag, den 16. April l. Js., fand in den Lokalitäten des H. Englert die Frühlingsliedertafel des A. G. V. „Freiheit" in Lipnik statt. Trotz der schweren Zeit ist der Verein bestrebt Bildungsarbeit zu leisten und hat nun bei der Liedertafel Zeugnis von seinem Können abgelegt. Der Besuch ließ jedoch viel zu wünschen übrig, was selbstverständlich der Wirtschaftskrise zuzurechnen ist. Der Abend wurde mit dem Gem. Chor „Wanderlied am Morgen" eingeleitet, welches Lied schwungvoll vorgetragen wurde. Die ungarische Volksweise „Heimweh" wurde ebenfalls mit viel Verständnis wiedergegeben. Der Uthmannsche Chor „Auferstehung" zeugte von fleißiger Probenarbeit und man muß feststellen, daß sich die Mitglieder auch an schwerere Chöre heranwagen. Es folgte „Herrlicher Baikal, du heiliges Meer". Die Wiedergabe dieses Chores konnte nicht ganz zufriedenstellen, der Sopran war stellenweise zu stark, die Bässe zu schwach. Es wurde noch „Hans und Liesel", eine Volksweise und „Wolgalied", eine russische Volksweise vorgetragen. Beim letzteren Chor konnte man beobachten, daß die Mitglieder dem Chormeister nicht die nötige Aufmerksamkeit entgegengebracht haben und infolgedessen die Choreinsätze auch ungleichmäßig waren. Man konnte jedoch mit Freude feststellen, daß der Verein unter der umsichtigen Leitung des Dirigenten H. Woliczko sichtbare Fortschritte macht und wollen wir hoffen, daß die Mitglieder für weiterhin in ihrer Arbeit nicht erlahmen werden. Der von einigen Vereinsmitgliedern aufgeführte Einakter „Ein kochender Ehemann" erheiterte alle Anwesenden und wurden die Spieler mit herzlichem Beifall belohnt. Wenn auch der Besuch diesmal schwach gewesen ist, so sollen sich die Mitglieder dadurch nicht entmutigen lassen und deshalb mit doppeltem Eifer die Arbeit im Verein anfassen.

Arbeiter aufgepaßt! Verräter gehen um!

Eine sogenannte „Gewerkschafts-Linke" hat es für nötig befunden, die Oeffentlichkeit mit einem mit Schreibmaschinenschrift beschmierten Flugblatt zu belästigen. Diese Leute, welche sich hinter diese linkische Auchgewerkschaft verstecken, sind altbekannte Wühler und Zerstörer der Arbeitersolidarität. Sowie die Bielitzer hitlerianischen Hakenkreuzler sich hinter dem besser klingenden Namen „Jungdeutsche" verstecken, um die Leute besser ködern zu können, so machen es die sogenannten Kommunisten, die sich hinter eine Gewerkschafts-Linke verstecken, die niemand in Bielitz-Biala kennt! Diese Verräter schreien schon wieder vom Verrat, ohne daß die Klassengewerkschaften sich mit irgendeiner Sache von den Firmen Deutsch und Jute-Union befaßt hätten. Das ist die altbekannte „Haltet-den-Dieb-Politik"! So wie der Schelm ist, so denkt er eben von andern! Das Beschimpfen, Besudeln und Verleumden, das ist die starke Seite dieser Kommunisten. Sie haben nicht einmal den Mut unter ihrer wahren Firma aufzutreten, sondern verstecken sich unter die schützenden Fittiche gerade derjenigen, die sie dann als Sozialfaschisten und Verräter beschimpfen! Also eine sehr nette, charakterlose Gesellschaft! Deshalb richten sie sich von selbst und ein jeder wahrheitsliebende und charaktervolle, ehrliche Mensch weicht diesen Verrätern im weiten Bogen aus.

Was in diesem Flugwisch alles breigetreten wird, ist der gewöhnliche alte Kohl, den wir bei jeder Lohnbewegung zu hören bekommen. Es wird mit Gewerkschaftsbonzen herumgeworfen, obwohl die kommunistische Partei noch mehr Bonzen mit dem Oberbonzen Stalin aufzuweisen hat. Was die Textilarbeiterorganisation und der Sekretär Gen. Suchy bei dem vorjährigen Lohnkampf geleistet hat, das wissen alle ehrlichen Textilarbeiter zu würdigen und zu schätzen. Nur boshafte Verleumder können da einen Verrat erblicken.

Die ganze Gewerkschaftskunst der „linkischen" Gewerkschaften besteht lediglich darin, die Arbeiter in einen unsinnigen Streik hineinzuhetzen. Die Empfehlung, daß die Arbeiter Fabriks- und Streikkomitees wählen sollen und streiken sollen bis zum endgültigen und vollständigen Sieg, ist auch so eine dumme Phrase, an welche diese linkischen Demagogen selbst nicht glauben. Wer wird denn den Kampf führen, wenn alte Sekretäre Bonzen sind? Die Fabrikskomitees werden wohl auch Gefahr laufen, Bonzen geschimpft zu werden, wenn sie sich bei den Verhandlungen mit den Unternehmern einigen sollten. Die Parole der Linkischen lautet doch: „Streik bis zum endgültigen Sieg!"

Diese Zersplitterer der Arbeiterbewegung haben Unheil genug angerichtet und es ist die höchste Zeit, mit diesen Wegebereitern der Reaktion restlos aufzuräumen. In Deutschland sind sie schuld daran, daß die Sozialisten auf einen Hindenburg stimmen mußten, in Ungarn und Italien sind sie an der dort herrschenden Diktatur schuld. Obwohl sie jetzt Gelegenheit hätten in Italien und Ungarn gegen den Faschismus anzukämpfen, so rühren sie sich nicht, weil dies zu riskant ist. Wenn aber die Sozialisten mit dem demokratischen, freisinnigen Bürgertum die Diktatur stürzen werden, wie es in Spanien geschah, dann treten die Kommunisten wieder auf den Plan und leisten durch Inszenierung von Streiks der Reaktion Helfersdienste. Bei der Wahl des deutschen Reichspräsidenten brachten es die Kommunisten beim zweiten Wahlgang fertig, sogar für Hitler zu stimmen!

Ist das kein Verrat?!

Solche Leute, die so viel Butter am Kopfe und für die Arbeiterschaft noch gar nichts geleistet haben, sollten lieber weniger vorlaut sein. Dabei haben diese Menschen noch die eiserne Stirn uns Vorwürfe zu machen, wenn wir sie in unserer Presse als das hinstellen, was sie sind. Wir werden tagtäglich als die Sozialfaschisten, Verräter und Bonzen beschimpft, wir sollen dies alles ruhig einstecken. Wenn wir das Treiben dieser Leute ins richtige Licht stellen, dann brausen sie wie die aufgescheuchten Spatzen auf!

Arbeiter, aufgepaßt! Laßt euch von diesen linkischen Allesbesserwissern nicht irreführen, schließt euch euren Klassengewerkschaften und euren bewährten Führern an. Diese verantwortungslosen Demagogen hetzen die Arbeiterschaft ins Unglück hinein und lassen sie dann elend im Stich! **Arbeiter laßt euch nicht von diesen Helfern der Reaktion eure Einigkeit zerschlagen!**

Nur in der Einigkeit liegt eure Macht!

„Das Volk mit den Sanatoren"

So bekommen wir's täglich zu hören: „Das Volk steht geschlossen hinter den Sanatoren. Die jetzigen Herrscher sind unersetzbar. Die Parteien und das Parteiwesen sind zerschmettert." —

Am 16. März konnten wir uns überzeugen, daß in Bielitz-Biala allein etwa 10 000 Arbeiter ihre unverbrüchliche Treue zur Sozialdemokratie bekundet haben. In Czechowic waren es etwa 3 000 Mann und in den sonstigen schlesischen Gemeinden waren noch weitere Tausende, die nach wie vor unter der roten Fahne marschierten. Uebrigens gestehen im Stillen die Sanatoren, daß im Teschener Schlesien die Sozialdemokratie ungebrochen dasteht. Und das neue Krippchen in der Krankenkasse, welches sich die Sanacja hier geschaffen hat, hat beileibe ihnen wenig geholfen.

Immerhin kann man darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratie in unserem Industriebezirke auf 40 Jahre gewerkschaftlicher, politischer und kultureller Arbeit zurückblickt. Ein solcher Bau läßt sich nicht, nicht einmal mit korruptesten Mitteln, unterwühlen, geschweige denn zerstören.

Aber Korfanty?

Korfanty dagegen hatte bei uns wenig Anhänger. In den Wahlgängen, noch in normalen Zeiten, war es ein Häuflein von ein paar hundert Wählern, welche der Chadecja die Gefolgschaft leisteten.

Sonntag, am 17. April, bot sich in der Korfantyversammlung im Schießhaussaal dem Beobachter ein seltsamer Anblick.

Am 16. März demonstrierten Arbeiter. Am 17. April füllten den Schießhaussaal Leute des Mittelstandes von Stadt und flachem Lande. Man sah auch viele Beamte. Der Saal und die Galerie vollgepackt. Die Ausführungen Korfantys, die dem Regime, seiner Unfachmäßigkeit, seiner Wirtschaftspolitik, der Krise, den Abhilfsmitteln gewidmet war, — die Kritik, die stellenweise von beißendem Hohn gekennzeichnet war, wurde mit Begeisterung aufgenommen.

Die Chadecja, der der Boden in unserem Bezirke von unter den Füßen schwand, hat am Sonntag bewiesen, daß sie der Sanacja den Platz — allerdings in der Kleinbürgerschicht — abgerungen hat. Die Politik der Repressalien hat sich erfolglos gezeigt. Die Politik der unmaßlichen Versprechen auf Wohlstand und Segen, der faktisch eine Katastrophe folgte, vertrieb den Mittelstand aus dem Sanacjalager und kräftigte die Reihen der Chadecja.

Der 16. März und der 17. April entboten ein anschauliches Kommentar zur Behauptung:

„Das Volk mit der Sanacja". Tatsächlich stehen geschlossen hinter der Sanacja die Herren: Olejarczyk, Pryga.

Natürlich gibt es ein Paar Idealisten, die dem Sanacjaregime bis zu seinem bitteren Ende Treue bewahren werden.

Selbstverständlich werden die Herrn Nizankowski, Fikus und Konsorten ausharren.

Aber das Volk? Dieses ist längst ausgenüchtert. Die klingende Phrase wirkt nicht mehr. Die Geldquellen sind versiegt. Der Nachläuferschwund ist sichtbar. Vorläufig ist Korfanty zum Sprecher des Mittelstandes geworden.

Die Arbeiterklasse blieb, wo ihr der Platz gebührt, in der Sozialdemokratie.

„Wo die Pflicht ruft!"

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei, Bezirk Bielitz.

Am Dienstag, 26. April, findet um 6 Uhr abends, im kleinen Saal des Arbeiterheimes in Bielitz eine

Bezirkskonferenz

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Protokoll; 2. Bericht von der Parteischule; 3. Vorbereitung zur Maifeier; 4. Referat; 5. Allfälliges. Sämtliche Delegierte der Lokalorganisationen, Kultur- und Jugendvereine werden ersucht, vollzählig zu erscheinen. Die Bezirksexekutive.

Gewerkschaftskommission für Bielitz-Biala und Umgebung.

Am Dienstag, den 26. April l. Js., findet um ½5 Uhr nachmittags, im Arbeiterheim eine allgemeine Vertrauensmänner- und Vorständekonferenz statt.

Tagesordnung:

1. **Die gegenwärtige Lage am hiesigen Industrieplatz.**
2. **Vorbereitungen zum 1. Mai.**
3. **Freie Anträge.**

Die Vertrauensmänner aller Branchen und alle Vorstandsmitglieder werden ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Donnerstag, 21. April, 7 Uhr abends: Diskussionsabend mit Lichtbildervortrag.
Freitag, 22. April, 7 Uhr abends: Volkstanzprobe.
8 Uhr abends: Theatergemeinschaft.
Samstag, den 23. April, 7 Uhr abends: Maifeierprobe in Alexanderfeld.
Sonntag, 24. April, 9 Uhr vorm.: Bezirkssitzung im Bibliotekszimmer Bielsko. — 6 Uhr nachm.: Gesellschaftsspiele.
Mitgliederaufnahmen finden bei jeder Veranstaltung statt.

Die Vereinsleitung.

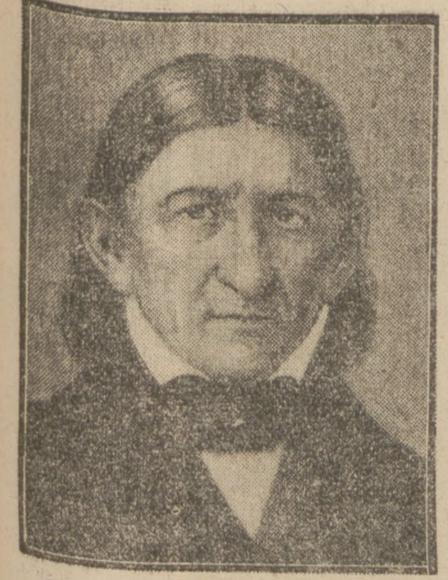
Altbielitz. Am Donnerstag, den 21. d. Mts., findet um 7 Uhr abends im Gasthaus des Andreas Schubert in Altbielitz, die fällige Vorstandssitzung des sozialdemokratischen Wahlvereins „Vorwärts" statt. Die Vorstandsmitglieder, Hilfskassierer und sozialistischen Gemeinderäte werden hiermit dazu eingeladen.

Achtung Radfahrer. Sonntag, den 24. April l. Js., findet um 9 Uhr vormittags im Arbeiterheim Alexandrowiec die ordentliche Generalversammlung des Radfahrer-Klubs „Beskid" statt. Radfahrer, welche geneigt sind, beizutreten, haben Zutritt. An alle Mitglieder ergeht der Ruf, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Kamitz. Der Verein jugendlicher Arbeiter in Kamitz veranstaltet am Sonntag, den 24. April, um 5 Uhr nachmittags, im Gemeindegasthaus des Herrn J. Gura, eine Mai-Akademie. Zur Aufführung gelangen gesangliche und deklamatorische Vorträge sowie ein Festreferat (Referent Gen. Dr. Tochten). Nach Schluß der Vorträge Tanz. Entree frei. Um zahlreichen Besuch bittet die Vereinsleitung.

Lobnitz. (Liedertafel.) Am Samstag, den 23. April d. J. veranstaltet der A. G. V. „Wiederhall" in Lobnitz, in den Lokalitäten der Frau Susanna Jenkner eine Frühlingsliedertafel, zu welcher alle Freunde und Gönner des Vereines auf freundlichste eingeladen werden.

Zum 150. Geburtstage des großen Pädagogen Friedrich Fröbel







Links: **Friedrich Fröbel**, der vor 150 Jahren — am 21. April 1782 — geboren wurde, gründete im Jahre 1840 in Bad Blankenburg den ersten Kindergarten der Welt. Mitte: **Der erste Fröbelsche Kindergarten**, der „Allgemeine Deutsche Kindergarten" in Bad Blankenburg, nach einer zeitgenössischen Darstellung. Rechts: **Fröbelkinder feiern den 150. Geburtstag.** Kinderchor während der Fröbel-Gedenkfeier in Bad Blankenburg. — Anläßlich des 150. Geburtstages des großen deutschen Pädagogen Friedrich Fröbel, der am 21. April 1772 geboren wurde, fand eine Gedenkfeier in Blankenburg (Thüringen) statt, wo Fröbel 1827 den ersten Kindergarten gründete.

Der Judas der russischen Revolution*)

Am 18. September 1908 fand in Köln eine Begegnung statt, die eine außerordentlich große Bedeutung für das Schicksal der russischen Revolution haben sollte.

Zwei Tage und zwei Nächte lang beobachtete der russische Journalist Wladimir Burzew auf dem Kölner Bahnhof alle aus Bad Neuenahr eintreffenden Züge.

Wen mochte dieser Journalist, der seine ganze Tätigkeit darauf konzentriert hatte, die polizeiliche Provokation in den Reihen der russischen revolutionären Parteien zu enthüllen, hier so beharrlich suchen? Er wartete auf Lopuchin, den ehemaligen Chef des in Rußland allmächtigen Polizei-Departements. Der jetzt im Ruhestand befindliche Beamte verbrachte den Sommer in einem deutschen Kurort und sollte in diesen Tagen mit dem Osterpreß aus Köln nach Rußland zurückkehren.

Burzew nahm in demselben Abteil Platz, in dem sich Lopuchin befand, und zwischen den beiden Reisenden — dem hochgestellten Aristokraten und dem revolutionären Publizisten — entspann sich eine Unterhaltnug, die viele Stunden lang, bis Berlin, dauern sollte.

Was mochte das Thema dieses, zwischen zwei so verschiedenen Menschen, geführten Gespräches sein?

Burzew knüpfte bereits seit langem Beziehungen zu den Agenten der russischen Polizei an, indem er die einen mit Geld bestach, die anderen durch Propaganda zur Revolution belehrte. Neben verschiedenen anderen Mitteilungen hatte er von seinen neuen „Freunden" auch den Hinweis erhalten, daß es im Herzen der sozialrevolutionären Partei selber, die einen unermüdlichen Terrorkampf gegen die zaristische Regierung führte, einen Verräter gab. Auf Grund einer ganzen Reihe indirekter Beweise, war Burzew zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Verräter nur Asew sein konnte.

Zuerst hielt er diese Entdeckung selber für ganz unwahrscheinlich: der von ihm Verdächtigte war nicht nur einer der angesehensten und einflußreichsten Mitglieder der Partei, nicht nur ein leitendes und in alle Parteigeheimnisse eingeweihtes Mitglied des Zentralkomitees, sondern auch der Leiter der von der Selbstherrschaft so gefürchteten Kampforganisation und der Stifter einer Reihe terroristischer Akte, die zu den ruhmreichsten Taten im Kampfe des russischen Volkes für seine politische Befreiung gehörten.

Aber eine sorgfältige Untersuchung bestätigte die zuerst so ungeheuerlich erscheinende Vermutung. Und jetzt holte Burzew, indem er sich geschickt das verletzte Selbstgefühl des infolge der Intrigen der Holclique entlassenen Beamten zunutze machte, aus Lopuchin ein Geständnis, bezüglich seines früheren „Mitarbeiters", das den doppelten Verrat Asews endgültig enthüllte. Das war kein gewöhnlicher Verräter, wie ihn die Geschichte einer jeden illegalen Bewegung kennt. Er teilte seiner polizeilichen Obrigkeit nicht alles mit, was er wußte, sondern trieb ein verwickeltes und kompliziertes Intrigenspiel, indem er einmal seine Kampfgenossen in die Hände der Regierung auslieferte, sie ins Gefängnis und aufs Schafott schickte, und dann wiederum Attentate auf Großfürsten und Minister organisierte.

Diese Begegnung in Köln und die daran anschließende Unterredung im Zuge, sollte bald zu einer Weltsensation werden, denn Burzew begab sich sofort nach Paris und veröffentlichte in der Presse die Enthüllungen über die russische Geheimpolizei. Aber erst jetzt fast ein Vierteljahrhundert später, seitdem die Archive des zaristischen Rußland der Oeffentlichkeit zugänglich geworden sind, bekommen wir ein anschauliches und vollständiges Bild dieses Verrats in der Darstellung des sachkundigen Historikers der russischen revolutionären Vergangenheit.

Es ist schwer, in einem kurzen Artikel eine Vorstellung von diesem tiefschürenden Werk zu geben, das den Leser von der ersten bis zur letzten Seite in Bann hält.

Asew kam aus eigenem Antrieb zu seinem „Beruf". Im Jahre 1893, als 24jähriger Student wandte er sich aus Karlsruhe an das russische Polizeidepartement und bot ihm seine Dienste an. Sie wurden gern angenommen: die russische Regierung hatte alle Ursachen, sich auf ihren neuen Mitarbeiter zu verlassen, der bereits damals eine gewisse kriminelle Vergangenheit hinter sich hatte.

Während seiner ersten Jahre im Polizeidienst „beleuchtete" Asew die Tätigkeit der russischen Emigrantengruppen und kleiner, illegaler Zirkel und unterschied sich kaum von einem gewöhnlichen Spitzel. Aber allmählich wurden seine Berichte immer bedeutender und wichtiger. Er erwirbt sich das Vertrauen angesehener Revolutionäre. Anfang des 20. Jahrhunderts dehnte sich die revolutionäre Bewegung immer mehr und mehr aus und als der junge Ingenieur Asew nach Moskau kam, bot sich ihm ein ungeheures Tätigkeitsfeld. Es gelang ihm Zutritt zu den höchsten Spitzen der damals entstehenden Partei der Sozialrevolutionäre zu finden. Wenn die Taktik der russischen Sozialdemokratie die Massenagitation unter dem städtischen Proletariat war, und sie daran glaubte, daß „die russische Revolution entweder als Revolution der Arbeiterklasse oder gar nicht siegen würde" (Plechanow), so bauten die Sozialrevolutionäre vor allem auf die Bauernschaft und sahen im Terror die wichtigste Waffe im Kampf gegen den Zarismus.

Mit Einwilligung des Polizeidepartements und des Ministers des Inneren „Plehwe, ja sogar mit ihrer Unterstützung (die Geheimpolizei „entfernte" zum Beispiel die innerpolitischen Gegner ihres Agenten, alle, die zu ihm in Opposition standen) macht Asew eine glänzende Parteikarriere, wird Mitglied der Parteizentrale und Leiter der Kampforganisation der Partei. Gleichzeitig mit dem Anwachsen seines Ansehens in der Partei, wächst auch sein Wert, in den Augen der Polizei: er fing mit einem Monatsgehalt von 50 Rubel an (230 Zloty) und kam jetzt bis auf 1000 Rubel, abgesehen von Sondergratifikationen für besonders gelungene „Operationen".

Sein Doppelspiel trieb er ständig weiter. Einerseits verriet er der Polizei seine Parteigenossen und die Teilnehmer der von ihm geleiteten Kampforganisationen, entdeckte dann die Adressen von illegalen Druckereien, Dynamitwerkstätten usw., andererseits organisierte er geschickt und methodisch Attentate auf Vertreter des alten Regimes. Wenn das Resultat seiner polizeilichen Tätigkeit die Verhaftung, Verbannung und Hinrichtung von Hunderten von Revolutionären war, so kostete seine revolutionäre Tätigkeit in diesen Jahren (1903—1905) Minister Plehwe, seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Großfürsten Sergius, dem Onkel des Zaren und vielen hohen Würdenträgern in der Provinz das Leben.

Dieses Doppelspiel trieb Asew fünfzehn Jahre lang, und man muß zugeben, daß er, der auf der untersten Stufe der menschlichen Gemeinheit und Niedertracht stand (darf man überhaupt ein solches Wesen, das nicht Menschliches an sich hat, als einen Menschen bezeichnen?) eine erstaunliche Gewandtheit, Selbstbeherrschung und Beharrlichkeit, in der Verfolgung seiner niedrigen Ziele, besaß.

Den Gipfel seiner Macht erreichte Asew in den Jahren der Reaktion, die auf die erste russische Revolution von 1905 folgten. An der Spitze der Regierung stand Stolypin, der den Posten des Ministers des Inneren bekleidete. Ihm nahe stand Gerassimoff, den er zum Chef der Petersburger Geheimpolizei ernannte. Der dritte im Bunde war der „unbeugsameRevolutionär" und „unversöhnliche Terrorist" Asew. Von ihnen gemeinsam wurde das vollkommenste Provokationssystem, das die Geschichte je kannte, geschaffen, ausgebaut und angewandt. (Vielleicht wird es sich in der Zukunft, wenn die Archive der faschistischen Polizei und der Tschecka sich öffnen werden, zeigen, daß Mussolini und die Bolschewiki, Stolypin „eingeholt und überholt" haben).

Die Regierung war genau informiert über die Tätigkeit der terroristischen Organisationen, die zum großen Teil von Polizeiagenten geleitet wurden. Aber ihre Vernichtung lag nicht in Stolypins Absichten, da ja an ihrer Stelle doch wieder neue entstehen würden. Darum hielt die Polizei die revolutionäre Tätigkeit „unter Glas", unter ihrer aufmerksamen Kontrolle. Zu Unterdrückungen wurde nur im äußersten Falle gegriffen, und auch dann nur, wenn die Vernichtung dieser Organisationen nicht mit einer Enthüllung der Provokateure drohte.

Diese grandiose Polizeiutopie (der Versuch, die gesamte terroristische Tätigkeit vom Polizeidepartement aus zu leiten) sollte jedoch nicht zur Wirklichkeit werden.

Asew wurde, wie wir wissen, enthüllt. Stolypin wurde von Bagrow ermordet — einer von diesen Halbrevolutionären, Halbspitzeln, der durch diese Tat seine Schuld vor der revolutionären Bewegung sühnen wollte. Gerassimoff entkam nur durch einen Zufall dem Attentat, das der Revolutionär Petrow, der sich für einen Polizeiagenten ausgab, auf ihn plante.

Schließlich war auch der Zar selber, die Spitze dieses, durch und durch verfaulten, Regimes, dessen Fundament Blut und Schmutz war, bedroht. Asew, der fühlte, daß sein Doppelspiel enthüllt war, wollte durch die Ermordung des Zaren sich die Gnade der Revolutionäre erkaufen und organisierte ein Attentat auf Nikolaus II., das von den Matrosen des Kreuzers „Rjurik", unter denen revolutionäre Propaganda getrieben worden war, während eines Besuchs des Zaren, ausgeführt werden sollte. Der Plan mißlang, aber der Zar, der Stolypin überlebte, sollte furchtbar für die Verbrechen büßen, die in seinem Namen und auf seinen Befehl geschahen.

Trotz seiner Geschicklichkeit und Berechnung wurde Asew schließlich doch entlarvt. Alle wandten sich von ihm ab: die Polizei, seine Familie (seine Frau, eine ehrliche Revolutionärin, wußte nichts von seinem Doppelspiel) und selbstverständlich die Partei. Der enthüllte Verräter verbarg sich sorgfältig vor der gerechten Rache seiner ehemaligen Mitkämpfer. Er lebte unter falschem Namen in Berlin, führte ein ausschweifendes Leben, spielte Karten, spekulierte an der Börse.

Das Geld, das er von der Polizei erhalten und für spätere Zeiten beiseite gelegt, sowie zehntausende von Rubeln, die er aus der Parteikasse gestohlen hatte, sollten ihm, nach seinen Plänen, ein ruhiges und würdiges Leben eines ehrbaren Rentiers sichern. Aber der Weltkrieg zerstörte diese Hoffnungen auf ein „Spießerglück".

Er verlor sein Vermögen und wurde auch bald von der deutschen Polizei, sei es als russischer Spion, sei es als gefährlicher terroristischer Anarchist, verhaftet. Krank und zerschlagen durch eine mehr als zweijährige Gefängnishaft, wurde er Ende 1917 freigelassen. Er hatte es dann anscheinend versucht, beim deutschen Ministerium des Aeußeren in seine „Spezialität" anzukommen. Aber der Tod verhinderte einen neuen Aufstieg. Er starb im April 1918 und liegt in Wilmersdorf begraben. Sein Grab trägt keinen Namen, nur das Nummernschild des Friedhofs.

Die Anonymität paßt nur allzu gut zu diesem Judas, dessen niedere Gesinnung nur um so leuchtender den Opfermut, die Seelenreinheit und Heldenhaftigkeit der von ihm verratenen russischen Revolutionäre hervorhebt, von denen selbst die zaristischen Henker sagten: „Nicht gewöhnliche Menschen, wahre Helden sind es. Und so sind sie alle."

Boris Skomorowsky.

*) Boris Nikolajewsky: Asew, die Geschichte eines Verrats, Verlag der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin 1932.

Friedrich Fröbel

Friedrich Fröbels Geburtstag jährt sich am 21. April zum 150. Male. Besonders in Thüringen, dem Heimatlande des großen Pädagogen, welches auch am unmittelbarsten sein fruchtbares Wirken spürte, wo der Siebzigjährige nach langem Kampf und schweren Enttäuschungen schließlich in Schweina seine letzte Ruhestätte fand, finden Fröbelfeiern statt. Blankenburg im Thüringer Wald ist die eigentliche Fröbelstadt, denn hier wurde vor fast hundert Jahren von dem Schüler und Fortsetzer Pestalozzis der erste „Allgemeine deutsche Kindergarten" begründet, aus welchem später tausendfältige Frucht entsprossen ist. All die Kleinkinderschulen, in denen die Kinderseele für die eigentliche Schule geweckt wird, das Werk der Maria Montessori, ja die ganze moderne Arbeitsschule, sind aus diesem Samenkorn Friedrich Fröbels entstanden. In diesem Blankenburg befindet sich auch ein Fröbel-Museum, in dem alles gesammelt ist, was mit dem Werke dieses großen Pädagogen zusammenhängt. Die eigene freudlose Jugend hat Friedrich Fröbel wohl zu dem gütigen Kinderfreund gemacht. Früh hatte er die Mutter verloren. Er ging in die Fremde, kommt bei einem Förster in die Lehre, geht dann als armer Student nach Jena, will Baumeister werden und findet nach langem Umherirren endlich an der Musterschule in Frankfurt a. M. eine Unterkunft als Lehrer. Dort entdeckt der Oberlehrer Gruner schließlich die eigentliche Befähigung Fröbels. Von 1808 bis 1810 arbeitet er mit Pestalozzi zusammen in Yverdun und bekommt von ihm mächtige Anregungen. Die Absicht, Pestalozzis Ideen in Deutschland zu verbreiten, wird unterbrochen durch die Kriegswirren von 1813. Fröbel schließt sich als Freiwilliger den Lützower Jägern an. Sein Bruder fällt. Er sorgt für die Kinder. Mit den fünf Neffen als Schüler begründet er die Knaben-Erziehungsanstalt Keilhau bei Rudolstadt. Die freiheitlichen Ideen der 48er Jahre waren der Entwicklung der Kindergarten-Bewegung günstig. Deshalb nahm sich der preußische Kultusminister der Reaktionsperiode, von Raumer, die Kindergärten aufs Korn und verbot sie 1851 mit der Begründung, daß sie „die Kinder zum Atheismus und Sozialismus verführten". Das Verbot wurde erst 1860 wieder aufgehoben, nachdem man sich von seiner Lächerlichkeit überzeugt hatte. Fröbel selbst erlebte diese Einkehr nicht mehr. Er starb am 21. Juni 1852. Aber sein Werk hat sich durchgesetzt. Die moderne Pädagogik aller Kulturstaaten baut auf Pestalozzis und Fröbels Fundamenten.



Kattowitz — Welle 408,7

Freitag. 12,10: Schallplatten. 16,35: Englischer Unterricht. 17,35: Konzert. 20,15: Sinfoniekonzert. 23: Funkbriefkasten in französischer Sprache.

Warschau — Welle 1411,8

Freitag. 12,10: Schallplatten. 15,05: Vorträge. 16,50: Englischer Unterricht. 17,35: Konzert. 18,50: Verschiedenes. 20,15: Sinfoniekonzert. 22,40: Abendnachrichten und Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Freitag, den 22. April. 10,10: Schulfunk. 16: Stunde der Frau. 16,30: Hausmusik. 16,55: Konzert. 17,30: Das Buch des Tages. 17,50: Das wird Sie interessieren! 18,10: Vortrag. 19: Wetter. 19,25: Abendmusik. 20,30: Abendberichte. 20,40: Liebeslieder. 21,35: Blick in die Zeit. 22: Abendnachrichten. 22,30: Tanzmusik. In der Pause: Die tönende Wochenschau.

Versammlungskalender

D. S. A. P.

Friedenshütte. Am Freitag, den 29. April, nachmittags 5 Uhr, bei Machuletz Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Kowoll.

Nikolai. Am Sonnabend, den 23. April, um 6 Uhr abends, findet die fällige Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt im bekannten Lokale, auf der ulica Miarki, statt. Referent: Genosse Matzke.

Internationaler Frauentag.

Kattowitz, am 26. April, abends 6 Uhr, im Zentralhotel. Referent: Genosse Buchwald.

Königshütte, am 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, Volkshaus. Referentin: Genossin Kowoll.

Neudorf, am 8. Mai, nachmittags 3 Uhr, bei Gorecki. Referent: Genosse Knappik.

Siemianowitz, am 10. Mai, nachmittags 5 Uhr, bei Pawera (früher Ucher). Referentin: Genossin Kowoll.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Mittwoch: Singen.
Donnerstag: Mädelabend (wichtig).
Sonntag: Heimabend.

Kattowitz. (Kinderfreunde-Ausschuß.) Am Donnerstag, den 21. April, abends 6½ Uhr, findet im Partei-Büro, Zimmer 23, eine wichtige Sitzung statt, zu welcher alle Mitglieder vom Kinderfreunde-Ausschuß pünktlich erscheinen mögen.

Kattowitz. (1. Arbeiter-Schwimmverein.) Am Freitag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Saale des Zentralhotels unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen, da die Mitgliedskarten ausgehändigt werden. Auch die Beiträge müssen unbedingt bezahlt werden, wenn die Mitgliedschaft erhalten bleiben soll. Frei Naß!

Touristenverein „Die Naturfreunde". (Bezirkskonferenz.) Am Freitag, den 22. April, abends 6 Uhr, findet im Zentralhotel Kattowitz eine Bezirkskonferenz statt, zu der die Obleute der Ortsgruppen und die Führer der einzelnen Sektionen eingeladen sind. Um pünktliches Erscheinen ersucht die Bezirksleitung.

Königshütte. (Zentralverband der Zimmerer.) Die Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 22. April d. Mts., nachmittags 6 Uhr, im Dom Ludowy, ulica 3-go Maja 6, Büfettzimmer statt.



Erstes Bild von den Streikunruhen in Nordböhmen

Gendarmerie drängt die Menge von dem Eingang einer Kohlengrube in Most (Brüx) ab, auf der von Streikbrechern gearbeitet wird. Während des Generalstreiks der Grubenarbeiter in Nordböhmen kam es zu schweren Kämpfen zwischen Gendarmerie und den Streikenden, wobei mehrere Personen getötet und verletzt wurden.

Bismarckhütte-Schwientochlowitz. (Ortsausschuß.) Donnerstag, den 21. d. Mts., abends 6 Uhr, findet die fällige Plenumsitzung unseres Ortsausschusses im bekannten Lokal statt. Da wichtige Punkte zur Beratung kommen, erwarten wir vollzähliges Erscheinen aller Delegierten.

Bismarckhütte. Touristenverein „Die Naturfreunde" veranstaltet am Sonntag, den 24. April 1932, nachm. 6½ Uhr, im Hüttenkasino (Brzezina) einen Theaterabend, betitelt „Der Geizige", ein lustiger Schwank in drei Aufzügen, verbunden mit Volkstänzen und einem Goralentanz. Die Pausen werden von einer erstklassigen Kapelle der Naturfreunde ausgefüllt. Da der Reinertrag für das fünfjährige Jubiläum bestimmt ist, werden die Genossen, Gönner und Freunde anderer Ortsgruppen herzlich gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Siemianowitz. Sonnabend, den 23. April, nachmittags 3½ Uhr, findet im Bienhofpark eine Volksversammlung statt. Zu dieser Versammlung erscheinen als Referenten Sejmabgeordneter Gen. Kowoll und Gen. Stanczyk. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen aller Genossen, Genossinnen und Interessenten.

Kostuchna. (Maifeier.) Am Sonntag, den 24. April, findet im Lokale des Herrn Krause, Kostuchna, um 4 Uhr nachmittags, eine Versammlung der D. S. A. P., Freien Gewerkschaften, mit der P. P. S. und dem Zentralverband, statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur 1. Maifeier. Erscheinen Aller, dringend erbeten.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am kommenden Sonntag, den 24. d. Mts., abends ½8 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe Kattowitz des „Bundes für Arbeiterbildung" ihren diesjährigen Abschlußabend. Im Rahmen dieser Veranstaltung spricht im Saale der „Reichshalle" der Abgeordnete Dr. S. Glücksmann-Bielitz über das Thema „Planwirtschaft!" Es wirkt außerdem der Kattowitzer Volkschor „Freie Sänger", in Stärke von über 100 Personen, mit. Da die Eintrittspreise nur 0,30 Zloty und für Arbeitslose 0,10 Zloty betragen, ist mit einem Massenbesuch zu rechnen. Die gesanglichen Darbietungen stehen unter Leitung von Georg Steinitz-Kattowitz.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei in Polen

An die Ortsvereine der D. S. A. P. des oberschlesischen Bezirks.

Werte Genossen! Werte Genossinnen!

Gemäß dem Organisationsstatut beruft der Bezirksvorstand für Sonntag, den 24. April, vormittags 9,30 Uhr, nach Königshütte ins Volkshaus, die diesjährige

Bezirks-Konferenz

mit folgender Tagesordnung ein:

1. **Eröffnung, Konstituierung und Wahl der Mandatsprüfungskommission.**
2. **Geschäftsberichte: a) der Parteileitung, b) des Kassierers.**
3. **Diskussion zu beiden Punkten.**
4. **Wahl des Bezirksvorstandes.**
5. **Wohin steuert der politische Kurs? (Kapitalismus, Kommunismus oder Sozialismus). Referent: Sejmabgeordneter Genosse Kowoll.**
6. **Diskussion zum Referat.**
7. **Anträge und Verschiedenes.**

Die Beschickung der Konferenz erfolgt nach den von der Parteileitung im Rundschreiben gegebenen Richtlinien.

Sorgt für vollzähliges Erscheinen aller Delegierten! Ohne Mitgliedsbücher keinen Zutritt!

Mit sozialistischem Gruß
Für die Parteileitung:
J. A. Johann Kowoll.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA", nakład drukarski Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.